Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/9, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pfg. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Auswärtige Inserate 40 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Auswärtige „ 25 Pfg. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 79. Breslau, Freitag, den 3. April 1914. 25. Jahrgang.

Wohnungsmangel.

Das Grundeigentum bewirkt, „daß ein Teil der Gesellschaft von den anderen einen Tribut verlangt für das Recht, die Erde bewohnen zu dürfen, wie überhaupt im Grundeigentum das Recht des Eigentümer eingeschlossen ist, den Erdkörper, die Eingeweide der Erde, die Luft und damit die Erhaltung und Entwickelung des Lebens zu exploitieren“. So Karl Marx über den Kern der „Wohnungsfrage“.

Es ist im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts manches geschehen, um die Wohnungsverhältnisse zu bessern, insbesondere ist die Stadthygiene heute anders, als vor hundert Jahren: Wasserleitung und Kanalisation haben bewirkt, daß die Sauberkeit in den Häusern und Straßen gehoben wurde, es verschwinden die engen Winkelgassen, zu denen Luft und Sonnenschein keinen Zutritt haben. Das sind Reformen, auf die die Besitzenden nicht wenig stolz sind. Nur war es nicht gerade das vielgerühmte „soziale Pflichtgefühl“, das diese Reformen veranlaßt hat. Die Typhus- und Cholerabazillen unterscheiden nämlich nicht zwischen arm und reich, wandern aus den Arbeiterquartieren in die Wohnstätten der vornehmen Welt. Da war es ein Gebot der Selbsterhaltung mit den Spelunken aufzuräumen. Aber die Kosten haben die Arbeiter hübsch selbst bezahlen müssen: soweit die Wohnungen besser geworden sind, sind sie auch umso teurer geworden, die Ausgabe für Miete verschlingt heute einen viel größeren Teil des Arbeitereinkommens als früher.

An der teuren Miete scheitert indessen jeder weitere Fortschritt. Es ist gewiß das Mindestmaß, wenn man sagt, eine Familie müsse Küche und Zimmer haben. Bei etwas größeren Familien ist das unbedingt zu wenig. Nun kostet heute in den Großstädten eine Wohnung von nur zwei Räumen nicht unter 20 bis 25 Mark. Eine solche Wohnungsmiete setzt aber ein Einkommen von mindestens 100 Mark im Monat voraus, während viele tausende Familien dieses Einkommen nicht erzielen. In kleineren Städten sind die Mieten niedriger, aber auch das Einkommen geringer. Die Folgen liegen auf der Hand: da die Miete für eine genügend geräumige Wohnung nicht aufzubringen ist, hausen die Arbeiterfamilien in überfüllten Wohnungen, es blüht das Aftermieterwesen, es dienen Arbeitsräume zu Wohnstätten usw.

Gute Wohnungen heißt — billige Wohnungen. Billige Wohnungen aber kann man nicht herstellen auf teurem Boden und der Boden wird systematisch in den Städten verteuert, einfach weil die Bodenbesitzer ein Monopl haben.

Die Zusammenhänge bei der Bodenspekulation sind äußerst kompliziert, weil hier die verschiedenartigsten Momente mitspielen, ganz besonders die Kreditverhältnisse. Die grundlegende Tatsache aber bleibt, daß der Boden, der für die Erweiterung der Städte in Betracht kommt, von vornherein von den Spekulanten mit Beschlag belegt wird.

Es ist die denkbar schärfste Satire, die sich ergibt, wenn gleichzeitig von Wohnungsnot und Krise im Baugewerbe die Rede ist. Ein Berliner Blatt zitierte vor kurzem einen Ausspruch, der in Interessentenkreisen kursiert: „Von Oranienburg bis Zossen und von Potsdam bis Fürstenwalde sind alle Terraingesellschaften pleite.“ Es ist Uebertreibung dabei, aber der Kern bleibt: ganze Quadratmeilen um Berlin herum werden nicht mehr als Ackerland bewertet, sondern als Baugrund; die Preise sind ungeheuerlich in die Höhe getrieben worden und heute sind die Terraingesellschaften, die diesen Boden erworben haben, zum Teil bankrott. Man sollte meinen, das wäre die beste Gelegenheit, um Häuser zu bauen, denn die Gesellschaften würden den Boden billig hergeben und die Berliner Bevölkerung könne zu billigen Wohnungen, weil ein Teil nach den neuen Häusern ziehen würde und so auch in den bewohnten Gegenden die Mietpreise sinken würden. Doch nein: es wird seit Jahren wenig gebaut. Die Erklärung ist darin zu suchen, daß selbst der Boden der verfluchten Spekulanten nicht billig zu haben ist, weil er von großkapitalistischen Geldgebern hypothekarisch beliehen ist, die es zu Zwangsversteigerungen nicht kommen lassen; sie können ja warten. Die Bautätigkeit aber setzt nicht ein, weil auf den teueren Grundstücken billig nicht gebaut werden kann, also auch ein Geschäft für den Bauunternehmer auf der Grundlage nicht zu machen ist, daß er Wohnungen billiger anbieten könnte. Also: teurer Boden trotz des Krachs, geringe Bautätigkeit, hohe Mieten und überfüllte Wohnungen. — Aehnlich liegen die Dinge auch in anderen Städten.

Und weiter: es klingt wie der helle Wahnsinn, aber es ist eine Tatsache, daß die plötzliche Schaffung von billigen Wohnungen eine Katastrophe für die Städte bedeuten würde. Nehmen wir an, eine Stadt habe an den Grenzen ihres Weichbildes eigenes Gelände, auf dem sie Häuser errichten würde, um sie zu vermieten und nur die Verzinsung und Tilgung des Baukapitals dabei herauszuwirtschaften; die Mieten könnten dann um ein Viertel bis zu einem Drittel billiger sein, als bisher. Die Folge wäre, daß zahlreiche Familien nach dem neuen Stadtteile ziehen, im Innern der Stadt würden die Wohnungspreise sinken. Dann wären aber viele Hauseigentümer auf der Stelle bankrott und mit ihnen die Kreditinstitute, die die Häuser hypothekarisch beliehen haben. Ebenso wären zahlreiche Geschäftsleute ruiniert, weil ihre Kunden nach dem neuen billigen Stadtteile abgewandert sind.

Das ist ja auch der Grund, warum eine weitsichtige Wohnungspolitik auf den hartnäckigen Widerstand der Vertreter der Besitzenden in den Kommunalverwaltungen stößt. Denn das obige Beispiel mag paradox scheinen, in Wirklichkeit bedeutet die Schaffung billiger Wohnungen die Entwertung der bestehenden Häuser, wovon nicht nur die Hauseigentümer Nachteile erwarten.

Angesichts dieser Lage kommt man dann mit Palliativmittelchen. Auch das neue „Wohnungsgesetz“ für Preußen bringt nichts anderes. Die Bauordnung soll geändert werden, die Wohnungspolizei soll verschärft werden. Aber keine Bauordnung schafft billige Wohnungen und wenn die Wohnungspolizei fordert, daß die Wohnungen besser werden, daß ungeeignete Räume nicht bewohnt werden dürfen, so kann sie nicht verhindern, daß für die brauchbaren noch höhere Preise gefordert werden als bisher. Dieses Wohnungsgesetz enthält verschiedene Bestimmungen, die geeignet sind, die Macht der Hausagrarier noch zu verstärken, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu beschneiden, der Terrainspekulation Vorschub zu leisten. Deshalb erklären unsere Vertreter im preußischen Landtage das Gesetz für unannehmbar. So zeigt sich, daß im heutigen Staate, selbst dort, wo man angibt, reformieren zu wollen, die Rücksichten auf Ausbeuterinteressen und die Sucht nach polizeilicher Reglementierung ausschlaggebend sind.

Die Wohnungsfrage ist nur zu lösen, wenn man mit aller Entschlossenheit gemäß dem Grundsatz, daß das öffentliche Interesse allem vorangeht, den öffentlichen Körperschaften die Pflicht auferlegt, für gute und billige Wohnungen zu sorgen, wobei ihnen das Recht zustehen muß, die Bodenbesitzer zu enteignen. Aber das ist natürlich für den kapitalistischen Staat, für den das Eigentum unantastbar ist, ein unmöglicher Weg. Um so schlimmer für den kapitalistischen Staat, der damit nur beweist, daß soziale Reformen für ihn zur Unmöglichkeit werden.

Politische Uebersicht.

Der verbrannte Kaiserbrief!

Zu dem viel erörterten Kaiserbrief „Die Religion, zu der Du übergetreten bist, hasse ich“, hatten die Hamburger Nachrichten“ bemerkt, „die Behörden dürften nicht aufhören, nach dem Verbleib des Briefes zu forschen, bis er zur Stelle geschafft oder seine Vernichtung einwandsfrei festgestellt worden sei.“ In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aber glaubte man versichern zu können, daß der Brief längst in Rom in Sicherheit sei. Dazu macht nun das Breslauer klerikale Blatt folgende Enthüllung:

„Der Brief befindet sich, wie uns von gut unterrichteter Seite außerhalb Breslaus mitgeteilt wird, nicht in Rom, befindet sich auch nirgendwo anders, **denn er ist verbrannt. Ein Nachforschen der Behörden nach dem Verbleib ist demnach zwecklos.**“

Unvorsichtigerweise hatte die Zentrumspresse vorher mitgeteilt, daß man sich im katholischen Lager vorher genügende Abschriften vom Briefe hergestellt hat! Sollte also die „Verbrennung“ wirklich Tatsache sein — wer weiß! — so hat sich der schlaue klerikale Führer doch gesichert!

Der „Bayerische Kurier“ kommt in seiner Nummer vom Donnerstag auf den Brief des Kaisers an die Landgräfin von Hessen zu sprechen. Das klerikale Blatt sagt, daß der Kaiser damals telegraphisch aus Dänemark zunächst die Landgräfin formell aus dem Hohenzollernhause ausgeschlossen habe. Den Wortlaut dieses Telegrammes will das Blatt kennen. Die Landgräfin habe dann den Kaiser brieflich gebeten, man möge ihr doch keine weiteren Schwierigkeiten in den Weg legen; es könne doch nicht so ins Gewicht fallen und keine politischen Folgen haben, wenn sie, eine Dame im hohen Alter, in der Religion Frieden suche, für die sie schon als Mädchen begeistert war. Die Antwort war der Brief des Kaisers, der in ungemein erregtem Tone gehalten war und auch äußerlich in Schrift und Stil alle Zeichen des Unwillens des Briefschreibers aufwies. Der Brief enthielt die schwersten Vorwürfe gegen die katholische Religion und deren geistliche Behörden. Die Existenz des Kaiserbriefes wurde bald auch dem Kardinal Kopp bekannt, der sich ihn erbat mit dem Hinweis, ein Bekanntwerden müßte bei den Katholiken der ganzen Welt peinlichstes Aufsehen hervorrufen. Der Text ist auch einzelnen anderen Personen bekannt geworden.

Das Zentrumsblatt fügt diesen Mitteilungen hinzu: Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß die innere persönliche Stellungnahme des Kaisers zur katholischen Religion allen Eingeweihteren schon seit langem geläufig ist. Wir machen dem Kaiser keinen Vorwurf, vor allem deshalb nicht, weil in konfessionellen Dingen nicht er, sondern seine allernächste Umgebung die Zügel führt, und diese allernächste Umgebung steht ganz unter dem Einfluß des Evangelischen Bundes und der Hofprediger. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, dann würde heute der Rhein, wie man prophezeit hatte, protestantisch sein. Wir Katholiken können über diese Dinge hinwegsehen, weil unsere heilige Kirche weder einen protestantischen noch einen katholischen Gott zu ihrem Bestande notwendig hat. Wohl aber haben die Kaiser und Könige zum Bestande ihrer Dynastien die Kirche notwendig. Diesen Dienst leisten die Katholiken allen Fürsten von Gottesgnaden — und jede Obrigkeit ist von Gott — gleichviel ob sie unsere Kirche lieben oder nicht.

Wie die „Nordbayerische Zeitung“ meldet, wird durch das bayerische Zentrum eine Interpellationsanfrage über den Text des Kaiserbriefes an die Landgräfin von Hessen erfolgen.

Klerikaler Seelenfang.

Die „Tägl. Rundschau“ unterbreitet der Oeffentlichkeit folgendes Zirkular, das den Brautleuten, die Mischehen eingehen, in Rheinland und Westfalen zur Unterschrift vorgelegt wird.

„Heute, den ——, erschien vor dem mitunterzeichneten Pfarrer der ——, geb. —— zu ——, katholischer Konfession und gab mittelst Handschlag an Eidesstatt in Gegenwart seiner Braut —— folgende Erklärung ab, welche auch die mitunterzeichneten Zeugen vernahmen:

1. Ich erkläre und verspreche eidlich, daß ich alle Kinder, welche aus der mit vorbenannter —— beabsichtigten Ehe hervorgehen, in der römisch-katholischen Religion taufen und erziehen lassen und meiner künftigen Ehefrau durch treue Liebe und christliches Betragen die katholische Religion zur Annahme bestens empfehlen will.

2. Erklärt die genannte —— ebenfalls eidlich, alle aus ihrer Ehe mit —— hervorgehenden Kinder in der römisch-katholischen Religion erziehen und den künftigen Ehemann in der Ausübung der katholischen Religion unbehindert lassen zu wollen.

3. Versprechen beide Teile, sich nicht von einem protestantischen Prediger kopulieren lassen zu wollen.

Gelesen und unterzeichnet:
Bräutigam. Braut. Zwei Zeugen. Pfarrer.“

Dieser sanfte Druck auf Bräutigam und Braut beweist einen hervorragenden Respekt vor der evangelischen Schwesterkirche und der geistigen Entwicklungsfähigkeit der Menschen. Die müssen sich auf Lebenszeit geistig knechten lassen, dafür sorgt der Pfarrer und „zwei Zeugen“!

Vom Himmel hoch, da komm ich her!

Der Unteroffizier Horn vom 102. Infanterie-Regiment ist bekanntlich vom Dresdener Kriegsgericht wegen Soldatenmißhandlung in 27 Fällen zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte u. a. die Soldaten gezwungen, in kniender Stellung Kirchenlieder zu singen. „Vom Himmel hoch, da komm ich her!“ mußten sie singen, wenn sie auf dem Schrank saßen, und unterm Bett hervor erklang es: „Aus tiefer Not schrei ich zu dir!“ Trotz der Schwere der Mißhandlungen wurde er nicht degradiert, weil das Kriegsgericht der Ansicht war, daß der Unteroffizier leicht erregbar sei und ein besonders rohes Betragen nicht an den Tag gelegt habe. Das geht selbst der „Evangelischen Volkskorrespondenz“, einem Organ, das von christlich-konservativen Blättern benutzt wird, zu weit.

Wir können nicht glauben, schreibt sie, daß sich der Anklagevertreter bei diesem Urteil beruhigt haben wird. Trifft die Nachricht von den Mißhandlungen in vorstehender Form zu, dann müßte unseres Erachtens schon wegen der großen Roheit der Gesinnung bei Begehung der körperlichen Züchtigungen ein solcher reizbarer, also nicht kerngesunder Mann im Unteroffizierstand unmöglich geworden sein. Geradezu scheußlich aber ist doch die Art und Weise, in der dieser jeder religiösen und militärischen Selbstzucht unfähige Mensch mit Dingen umgeht, die jedem evangelischen Christen teuer und heilig sind. Sind das für ein Königlich Sächsisches Kriegsgericht Bagatellsachen?

Das fromme Blatt findet es also besonders verdammenswert, daß der Unteroffizier seine Mißhandlungen in Begleitung der durch seine Opfer vorgetragenen Kirchenlieder verübt hat. Es nennt das „geradezu scheußlich“. Daß er einen geistig minderwertigen Soldaten ohrfeigte, daß er andere mit dem Gewehrkolben auf die Fußspitzen stieß, daß er sie mit dem Seitengewehr auf den Handrücken schlug usw. fällt für die evangelische Volkskorrespondenz scheinbar nicht so schwer ins Gewicht. Alles das wird zwar auch verurteilt, aber es gehört schließlich wohl mit zur Erziehung zur „Mannhaftigkeit“ und trägt dazu bei, den notwendigen Respekt vor dem Rock des Königs zu erhöhen.

Konservative Fuchspredigt.

Mit dem Verlauf der nationalliberalen Zentralvorstandssitzung vom letzten Sonntag ist man im konservativen Parteilager natürlich sehr zufrieden. Allzu offen möchte man aber der Freude über die Rechtsschwenkung der ewig Schwankenden nicht Ausdruck geben und darum wird die nationalliberale

Partei von der „Kons. Korresp." für diesmal mit der gnädigen Mahnung entlassen:

Auf konservativer Seite kann man der weiteren Entwickelung der nationalliberalen Partei nur abwartend gegenüberstehen. Sind die Nationalliberalen zum Zusammenarbeiten auf der gegebenen mittleren Linie bereit, so wird es sicherlich an der konservativen Partei nicht fehlen, trotz aller Befehdungen und Anfeindungen, die gerade die konservative Partei bis in die letzten Tage hinein von der nationalliberalen Partei erfahren hat. Die unbedingte Voraussetzung aber ist, daß die nationalliberale Partei einen starken Trennungsstrich zwischen sich und der äußersten Linken zieht und sich nicht nur liberal im Reichstag, betätigt, sondern auch national.

Also auch die Nationalliberalen müssen erst bei den Junkern Unterricht in wahrhaft nationaler Gesinnung nehmen. Besser konnte der lächerliche und abscheuliche Mißbrauch, der hierzulande alliberall — und nicht am wenigsten von der nationalliberalen Partei selbst — mit dem Worte „national" getrieben wird, nicht parodiert werden.

Der nationalliberale „Deutsche Kurier" erät aber den Punkt, auf den es ankommt, offenbar ganz richtig, wenn er in seiner Antwort auf die väterliche Belehrung des konservativen Parteiorgans auf Osterburg-Stendal zu sprechen kommt, wo in der notwendig gewordenen Ersatzwahl an Stelle des zurückgetretenen Herrn Fuhrmann der Bauernbundführer Wachhorst de Wente als nationalliberaler Bewerber aufzutreten gedenkt. Schon am letzten Sonnabend hat die „Kreuzzeitung" Herrn Wachhorst de Wente bei ihren Leuten verdächtig zu machen gesucht, indem sie prophezeite, daß er die sozialdemokratischen Stimmen bei der Stichwahl erhalten werde. Darauf antwortet nun der „Deutsche Kurier":

Eine größere Heuchelei ist kaum mehr denkbar. Herr Hoesch hat jedenfalls 1912 dieselbe sozialdemokratische Stichwahlhilfe nicht abgelehnt, mit der man jetzt gegen den nationalliberalen Kandidaten Stimmung machen will, und er hat sich wohl gar im stillen gefreut, daß die Sozialdemokraten ihm vor dem damaligen Kandidaten der nationalliberalen Partei den Vorzug gaben.

Die Darstellung des „Deutschen Kurier" bedarf einer Berichtigung. Die Sozialdemokraten von Osterburg-Stendal haben in keiner Weise Herrn Hoesch vor Herrn Fuhrmann den Vorzug gegeben. Sie haben allerdings dem Liberalismus den großen Gefallen getan, Herrn Fuhrmann von der nationalen Reichstagsfraktion fernzuhalten, indem sie bei der Stichwahl Stimmenthaltung proklamierten. Da der konservative Kandidat dem altliberalen um etwa 2000 Stimmen voraus war, mußte diese Stimmenthaltung genügen, um Herrn Fuhrmann zu Fall zu bringen.

Richtig ist dagegen, daß die Konservativen über die sozialdemokratische Parole auf Stichwahlenthaltung nicht bloß im stillen, sondern auch im lauten sehr erfreut waren. Beweis dafür ist die bekannte Tatsache, daß sie das Erscheinen des offiziellen sozialdemokratischen Flugblatts gar nicht erst abwarteten, sondern, nachdem sie sich durch seinen Inhalt hatten belehren lassen, auf eigene Faust und eigene Rechnung verkündeten, Fuhrmann sei ein Todfeind der Sozialdemokratie und das sozialdemokratische Kreis-Wahlkomitee habe deshalb zur Wahlenthaltung aufgefordert. Am Wahltag selbst wurde den Wählern, namentlich den Arbeiterwählern, von konservativer Seite gesagt, sie wollten mit ihrer Stimmabgabe noch warten, es käme noch ein Flugblatt des sozialdemokratischen Kandidaten Beines mit der Aufforderung, Fuhrmann nicht zu wählen. Konservative Wahlagitatoren als Verbreiter sozialdemokratischer Flugblätter und als führende Organe einer sozialdemokratischen Wahlordre — fürwahr ein seltsames Bild! Aber, was tut man nicht alles um ein Mandat?

Die Konservativen sind nun in Sorge, daß in Osterburg-Stendal und sonst bei künftigen Wahlen die sozialdemokratischen Wahlparolen eine Verbreitung auf konservative Parteikosten nicht verlohnen würden. Darum wird jetzt versucht, die „nationale" Gesinnung der Nationalliberalen aufzufrischen. Darum kann der Trennungsstrich zwischen den Nationalliberalen und der äußersten Linken jetzt garnicht stark genug gezogen werden. Sozialdemokratische Stichwahlhilfe annehmen, so eifert die konservative Anstandstante — pfui, wie kann man so etwas nur!

Der „Deutsche Kurier" nennt das mit Recht eine Heuchelei. Aber ist die nationalliberale Partei diesen Heuchlern nicht schon auf den Leim gekrochen? Die neueste Mahnung des Zentralvorstandes, die nationalliberalen Kandidaten möchten sich doch um alles in der Welt nicht auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen einlassen, liegt ganz in der Richtung der konservativen Wünsche. Nur dann sind die Nationalliberalen in konservativem Sinne wahrhaft national, wenn sie auf den eigenen Sieg verzichten und das Spekulieren auf sozialdemokratische Stichwahlhilfe den Konservativen überlassen.

Die nationalliberale Partei hat durch die Entfernung Fuhrmanns aus der Stendaler Reichstagskandidatur gezeigt, daß sie trotz aller Bescheidenheit gegenüber den Junkern dennoch den Wunsch hegt, in Osterburg-Stendal zu siegen. Aber, was sie in ihrem eigenen Parteiinteresse durch einen Personenwechsel gut gemacht hat, das hat sie durch ihren Zentralvorstandsbeschluß wieder so ziemlich verdorben. Im ersten Falle war sie „liberal" und erweckte sie die helle Wut der „Kreuzzeitung", im zweiten Falle war sie „national" und hat sich das Lob der „Konservativen Korrespondenz" verdient. „National" sind die Nationalliberalen nur dann, wenn sie ihr Verhalten so einrichten, daß die Konservativen auf jeden Fall siegen. Als Tapferer, der sich selbst bezwang, tritt dann der „nationale" nationalliberale Mann vom Schauplatz ab. Das Vaterland über die Partei und der Junker vorne an die Spitze.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

Eine Anerkennung, wie wir sie von der Seite nicht gewöhnt sind, findet die Sozialdemokratie in einem Artikel der „Schlesischen Zeitung" über die Fragen der inneren Kolonisation. Wir lesen dort:

„Am leichtesten kann die Sozialdemokratie mit dem Siedlungsproblem sich abfinden. Für sie sind nur zwei Forderungen maßgebend: der landwirtschaftliche Boden soll die größtmöglichste Menge von Nährmitteln für das Volk hergeben und die den Boden bearbeitenden Menschen sollen größten Wohlseins und aller Freiheiten sich erfreuen".

Daß der Artikel daneben noch allerlei Anwürfe gegen unsere Partei enthält, und daß es als ein Glück bezeichnet wird, daß die Sozialdemokratie im preußischen Landtage wenig Einfluß hat, kann diese Anerkennung nicht abschwächen. In der Tat will die Sozialdemokratie, daß der landwirtschaftliche Boden möglichst gute Ernten liefert, und daß die Menschen, die den Boden behauen, sich an Freiheit und Wohlsein erfreuen. Die Junker aber wollen das nicht.

Wohnungselend in Dortmund.

Beim Wohnungsumzug zum 1. April zeigt sich in Dortmund, daß eine erschrecklich große Zahl Familien, namentlich die kinderreichen Familien, keine Wohnung erhalten werden, selbst nicht gegen gute Bezahlung im voraus. Die Stadtverwaltung erkennt die Not an, weiß aber für den Moment auch nichts Rechtes zu schaffen. Säle, Turnhallen und selbst die Zellen des alten Amtsgerichtsgefängnisses werden hergerichtet, um den Obdachlosen Unterkunft zu gewähren. Dabei gibt die Verwaltung zu, daß die Zahl der Obdachlosen noch ungleich größer sein würde, wenn die Wohnungen geräumt werden müßten, deren Bewohnen auf Grund gesundheitspolizeilicher Vorschriften längst verboten werden müßte. Die Bevölkerungsziffer wächst dabei rapid, während die private Bautätigkeit ganz minimal ist. Jetzt ist der Magistrat an den Dortmunder Spar- und Bauverein (übrigens nach dem Berliner der größte in Deutschland) herangetreten, damit dieser in großem Umfange Wohnungen errichtet. Zum 1. April hat der Verein 400 Wohnungen fertiggestellt, die aber nur einen Tropfen Wasser auf den heißen Stein bedeuten. Deshalb hat am Montag auf Antrag des Magistrats das Stadtverordnetenkollegium die Bürgschaft für eineinhalb Millionen Mark beschlossen, damit bis zum 1. Oktober eine größere Zahl Wohnhäuser gebaut werden können. Der Beschluß wurde gefaßt gegen den lebhaften Widerspruch der Spekulanten. Leider lehnt der Magistrat ab, den Wohnungsbau in eigene Regie zu übernehmen. Jedoch soll in der allernächsten Zeit ein neues Obdachlosenasyl und ein Familienunterkunftshaus gebaut werden. Ferner will auch ein großes industrielles Werk, sobald das Dortmunder Eingemeindungsgesetz endgiltig angenommen, 1500 Wohnhäuser bauen. Aber auch das wird wenig nützen, weil infolge der Entstehung neuer Industrien und infolge des bevorstehenden Durchstichs des Dortmund-Rhein-Kanals der Bevölkerungszuwachs unaufhörlich steigen wird.

Schon wieder ein Spionageprozeß.

Vor dem Reichsgericht begann Donnerstag vormittag ein Prozeß gegen den Fabrikarbeiter Jakob Strub (Schweizer Bürger), den Monteur Otto Keller aus Burgfelden (Elsaß) und den Arbeiter G. Walter aus Friedrichsfeld in Baden, allein Basel wohnhaft. Den drei Angeklagten wird zur Last gelegt, gemeinschaftlich im Juni und Juli 1913 auf dem Geschützstande des 5. badischen Feldartillerie-Regiments in Freiburg im Breisgau einen Einbruch verübt und einen Geschützverschluß und einen Geschützaufsatz gestohlen zu haben, welche sie in Belfort einem französischen Nachrichtenbureau auslieferten. Keller und Strub sind außerdem angeklagt, den Versuch gemacht zu haben, einen Aufsatzwinkel, ein Granatgeschoß einer Feldhaubitze und eine Generalstabskarte jenem Nachrichtenbureau zu übermitteln. Der Prozeß findet unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Der Angeklagte Keller erhielt wegen Verrates militärischer Geheimnisse in Tateinheit mit schwerem Diebstahl und wegen versuchten Verrates militärischer Geheimnisse acht Jahre Zuchthaus, Strub wegen des gleichen Verbrechens sechs Jahre Zuchthaus, Walter wegen Verrates in Tateinheit mit schwerem Diebstahl sechs Jahre Zuchthaus. Außerdem wurde gegen alle auf zehnjährigen Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Keller und Strub wurden sechs Monate, Walter vier Monate Untersuchungshaft angerechnet. Keller und Strub knüpften, um noch andere Geschützteile zu erlangen, mit einem Offiziersburschen Beziehungen an, der diese Teile beschaffen sollte. Der Bursche ging scheinbar auf das Ansuchen ein, erstattete jedoch Anzeige, worauf Keller und Strub verhaftet wurden."

Nationalliberale Flegelei. Eine nationalliberale Versammlung in Lorch (Württemberg) dokumentierte ihre politische Verkommenheit und ihre patriotische „Bildung" durch die Annahme dieser „Resolution":

„Die nationalliberale Ortsgruppe Lorch, entrüstet über die Untätigkeit der Behörden gegenüber dem skandalösen Auftreten der Rosa Luxemburg, welche in Versammlungen die aufwiegelnden Reden, wegen deren sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, unentwegt wiederholt und sich über ihre Verurteilung noch lustig macht, spricht die Erwartung aus, daß im Reichstag der Reichskanzler hierüber interpelliert oder in entsprechender Weise befragt werde. Es wird im deutschen Volke, soweit es nicht im sozialdemokratischen Fahrwasser segelt, nicht verstanden, daß man dem frechen Gebaren dieses Frauenzimmers nicht ein Ende macht."

Und Männer dieser Sorte tun sich noch auf ihr Deutschtum und ihren Liberalismus etwas zugute!

Eine Rehabilitierung des Karl Peters. Dem früheren kaiserlichen Kommissar für Deutsch-Ostafrika, Dr. Karl Peters, ist jetzt aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds eine jährliche Pension zugewiesen worden. Es heißt, daß die Anregung dazu von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts und des Kolonialamts ausgegangen sei.

Wir nehmen an, daß Dr. Karl Peters, nachdem seine verlockenden Spekulationen in dem Teile Afrikas, dem er die Bezeichnung „das Goldland-Ophir" gegeben hatte, fehlgeschlagen sind, eine pekuniäre Unterstützung sehr wohl gebrauchen kann. Aber wir halten es nichtsdestoweniger für unerhört, daß sich zwei Staatssekretäre offiziell für den Mann verwenden, der der Repräsentant der draufsamsten Kolonialpolitik ist und über dessen moralische Qualitäten die Gerichte und alle humanen Menschen ihr Urteil gesprochen haben. Man sollte meinen, die Summen des kaiserlichen Dispositionsfonds könnten besser verwendet werden.

Das staatsgefährliche Buch in der Lehrerbibliothek. In Gersdorf, einem Ort im sächsischen Kohlenrevier, hatte die Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes in der Absicht, ein gutes Werk zu tun, das zweibändige Werk des Genossen Hue über die Bergarbeiter der dortigen Lehrerbibliothek als Geschenk überreicht. Nach geraumer Zeit erhielt der Verband aber die Bücher wieder zurückgestellt, mit einem Anschreiben, in dem das Geschenk abgelehnt wird. Die Lehrerkonferenz habe in geheimer Abstimmung beschlossen, „daß es uns nicht zukomme, Geschenke von einer Seite anzunehmen, die sich feindlich der Schule gegenüberstelle." (?)

Das Gelungene an der Sache ist nun, daß man den ersten Band des Hue'schen Werkes jahrelang behalten hat, ehe man seine Staatsgefährlichkeit entdeckte. Auch der zweite Band ist erst sechs Wochen nach der erwähnten Konferenz zurückgesandt worden. Ob doch eine Anzahl der Herren das Bedürfnis empfunden hat, das Buch erst zu lesen? Leider muß man es bezweifeln. Denn hätten die Lehrer den Inhalt des Hue'schen Werkes gekannt, so wäre ihnen doch wohl aufgedämmert, welche Kulturblamage sie mit der Rücksendung eines solchen Buches, das weit über die Kreise der Arbeiter hinaus Lob und Anerkennung gefunden hat, der gesamten deutschen Lehrerschaft bereiteten.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

[35] (Nachdruck verboten.)

Ich soll ihnen das glauben, ich, die ich mit der guten Feldner längst überzeugt bin, daß, was jener Offizier in seiner soldatischen Raschheit so als Vermutung und Möglichkeit hingeplaudert, schreckliche Wahrheit gewesen. Er hat das unglückliche Kind in die Wüstenei von Paetzum an den Fuß der Berge, von deren kahlen Höhen die Raubvögel hinabblugen auf die öde Ebene, gebracht, damit es zu jeder Zeit entführt werden könne, das heißt, sobald ich ernstliche Miene machen würde, es vor der Zeit der Gesellschaft zu zeigen. Er — er selbst hat den Unmenschen ihre Beute vorgeworfen; er hat durch jenes Weib, das an den Wagenschlag trat, bereits gewußt, daß das Bubenstück gelungen in einem Augenblick, wo er alles darum gegeben, hätte ers nicht angezettelt. Dann hat er das Unglück gehabt, daß in demselben Augenblick die Razzia auf die Räuber von der Regierung ins Werk gesetzt wurde. Nun, so war doch auch das Verbrechen unentdeckt geblieben, er durfte noch wie vor die frechen Augen zu mir aufschlagen.

Es ist zu grauenhaft, daß ich dies sagen muß und daß, wenn es auch Jahre und Jahre gedauert, bis meine Verblendung so weit gewichen und ich endlich die Tiefe meines Elends ermessen konnte, ich es auch nur so lange getragen; aber, mag die Gemeinschaft des Bösen noch so wenig dauerhaft sein — der Bund eines ganz Bösen und eines anderen Wesens, das die edleren Regungen nicht völlig besiegen kann, ist fast unzerreißbar, besonders, wenn dieses Weib ein Weib ist. Hat es die sündige Lust gebüßt, wendet es sich mit Ekel und Grausen von dem Verderber, so kommt sie die Furcht, und verlernt es in dem Uebermaß des Jammers selbst die Furcht, fesselt es wieder und zuletzt die Scham, eingeweiht zu sollen, eingeweiht zu müssen, daß sie so lange die Genossin des Verworfenen gewesen ist.

Ach, Elke, ich habe sie alle durchgemacht, diese gräßlichen Stadien! Dem Himmel und Dir, die mir der Himmel geschenkt hat, sei Dank, daß ich endlich, endlich in dem letzten bin!

Als wir im Forst hierher kamen, war meine Seele von Furcht erfüllt, wie eines Verbrechers, der auf leisen Sohlen aus seines Kerkers Pforte schleicht und den des Wächters eines Blutes erschrickt. Morgen ich doch, daß die Entscheidung von allen Seiten vorbereitet, daß ein Wort, ein Blick mich verraten konnte, den er fürchtete, als er entsetzlichen Verdacht geschöpft hatte. Ein warnendes Zeichen: er traute seinen Helfershelfern nicht mehr, die meine Diener waren es von jeher. Selbst meine alte Kellner steht längst in seinem Solde — scheinbar. Sie nimmt den Sündenlohn, mit welchem er die der Herrin gebrochene Treue bezahlt, und wir geben ihn den Armen. Sie sagt ihm nichts, als worüber wir uns vorher verständigt haben. Aber, seitdem wir hier sind, hat er keine Aufträge mehr für sie. Auch gegen Francois, einen verschmitzten, schlechten Menschen, der ihm anfangs als ein besonders brauchbares Werkzeug erschienen sein mag, muß er Verdacht geschöpft haben. Und mit Recht. Ob er den Menschen beleidigt hat, ob die kluge Feldner ihn gewonnen — er ist zu uns übergegangen. Aber auch er weiß nichts mehr zu berichten. Es scheint sogar, daß sein letzter Auftrag, mich hierher zu begleiten und zu beobachten, nur ein Vorwand gewesen ist, ihn aus Berlin zu entfernen, während er selbst an den letzten Maschen seines Netzes spinnt. Mag er! Ich fürchte ihn und seine Höllenkünste jetzt nicht mehr, jetzt, da ein Engel seine reinen Flügel über mich breitet.

Längst belügt er mich, wie alle Welt. Das letzte Mal, daß er mir, glaube ich, seine Pläne, und auch da wohl nur zum Teil, enthüllte, war an dem Morgen nach meiner Ankunft in Berlin, wenige Minuten bevor ich Dein liebes Antlitz zum ersten Male sah. Ich darf und will Dich nicht mit den widerwärtigen Einzelheiten behelligen; es sei Dir genug, zu wissen, daß ich mit dem Mut, ihm zu trotzen, auch die Macht habe, seine Pläne zu vereiteln.

Das Netz, in welchem er Euch zu Fall zu bringen wähnte, wird sich über seinem schuldbeladenen Haupte zusammenschnüren! Wenn er mir morgen hohnlächelnd mit der Kunde entgegentritt, die ihm mitzuteilen der Graf und Tonla sich beeifern werden: daß Elke von Werben ihr Herz verscherzt hat — er soll die Antwort hören! Und wenn er triumphierend meldet, daß Ottomar zu seiner verratenen Liebe zurückgekehrt ist und ebenfalls sein Herz verscherzt hat — ich will ihm die Antwort nicht schuldig bleiben. Und wenn er mit wutbebenden Lippen fragt, wie es sein Geschöpf, seine Sklavin, es wagen dürfe, mich gegen ihn, meinen Herrn und Meister, zu empören, dann will ich Dich bei der Hand fassen und sprechen: Weiche von mir, Versucher! Zurück in die Nacht Deiner Hölle, Satan, vor diesem Engel des Lichts!"

Valerie war bei den letzten Worten von dem Sofa zu Elkes Füßen geglitten, das weinende Gesicht in ihrem Schoß verbergend, ihr die Hände, das Gewand küssend in einem Uebermaß von Erregung, das nur zu deutlich verriet, welche furchtbare Qual ihr die grausige Beichte bereitet hatte, von welcher Wonne ihr armes, nach Trost lechzendes Herz jetzt durchflutet war. Es dauerte lange, bis Elke sie einigermaßen beruhigen konnte, zuletzt durch die Erwägung, daß sie für die Zusammenkunft morgen mit dem Entsetzlichen alle ihre Kräfte zusammenhalten müsse, daß ein paar Stunden des Schlafes nach einem solchen Tage unbedingt nötig seien. Sie werde bei ihr bleiben; sie müsse ihrem guten Engel verstatten, auch über ihren Schlaf zu wachen.

Sie hatte die ganz Erschöpfte, Gebrochene zu Bett gebracht. Es dauerte lange, bis ruhigere Atemzüge andeuteten, daß die Natur ihr Recht einfordern wollte. Endlich war sie wirklich eingeschlafen.

Elke saß an ihrem Bett und blickte voll inniger Teilnahme in das noch immer so schöne, edle, wachsbleiche Gesicht.

Und dann dachte sie seiner, dessen Bild während der Erzählung der Tante immerfort vor ihrer Seele gestanden, so ganz, als ob an ihn, nicht an sie, die Beichtende sich wende; als ob er, nicht sie, hier zu entscheiden und zu richten und freizusprechen habe, und als jetzt wieder einmal ein furchtbarer Stoß das alte Herrenhaus erbeben machte und die Schlafende bang aufstöhnte, faltete sie die Hände, aber nicht in Furcht, sondern in dankbarer Rührung, daß, während der Geliebte sein teures Leben daran setzte, anderer Leben zu retten, auch sie begnadigt sei, eine Menschenseele aus dem Sturm der Leidenschaften und der Sünde zu bergen in dem Hafen der Liebe, und daß ihm und ihr das Rettungswerk gelingen werde um ihrer Liebe willen.

Achtundfünfzigstes Kapitel.

Auch durch Berlins gerad zeilige Straßen sauste heute Abend der Sturm.

Mag er doch! Was kümmert's uns, die wir hier unten die Trottoirs entlang hasten — eine Unbequemlichkeit mehr! Wir sind an Unbequemlichkeiten jeder Art gewöhnt! Und wenn uns ein Ziegel oder ein Schiefer vor die Füße niederklappert — uns hat er ja nicht getroffen — Gott sei Dank! Und sollte ein Schornstein umgeweht oder ein neues Haus eingedrückt werden, oder etwas der Art, — wir werden es ja morgen im Polizeiberichte lesen! Wir haben an wichtigere Dinge zu denken — wahrhaftig! Der Sturm, welcher heute durch die Kammerdebatte gebraust ist, wird die Dächer mancher Fabrik auf Aktien noch ganz anders abdecken, manch' großes Haus, das heute Morgen noch sehr fest zu stehen schien und die Börse beherrschte, bis in seine Grundmauern erschüttern und andere zum schmählichsten Falle bringen! Gleich dieses hier! Es ist eben erst fertig geworden, nachdem der Bau über Jahr und Tag gedauert, Unsummen gekostet, und seine Herrlichkeiten die Verwunderung aller erregt, welche sie zu schauen begnadigt gewesen, und die brennende Neugier der vielen, die sich mit dem Anblick der turmhohen Gerüste begnügen mußten.

(Fortsetzung folgt.)

Konservative und Nationalliberale in Sachsen. Der Vizepräsident der Zweiten sächsischen Kammer und Vorsitzende der konservativen Fraktion, Geheimrat Opitz, hat die Nationalliberalen aufgefordert, das Wahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei nicht abzuschließen, sondern ein neues Kartell mit der konservativen Partei einzugehen. Die Nationalliberalen haben anscheinend keine Lust, auf dieses Angebot einzugehen; es wird berichtet, daß der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Heitner, in einem dieser Tage zur Veröffentlichung kommenden Artikel die ablehnende Haltung der Nationalliberalen begründen werde.

Als eine weitere päpstliche Auszeichnung der Berliner Richtung wird ein Glückwunschtelegramm angesehen, das der frühere Abgeordnete Roeren, der einer der schärfsten Gegner der Kölner Richtung ist, anläßlich seines 70. Geburtstages vom Papst erhielt. Das Telegramm hat folgenden Inhalt: „Dem geliebten Sohne Hermann Roeren, dem ausgezeichnet katholischen Manne, der sich so sehr große Verdienste um die Religion und das Vaterland erworben hat, beglückwünscht der Heilige Vater Pius X. zu seinem 70. Geburtstage und erteilt ihm und seiner ganzen Familie von ganzem Herzen den apostolischen Segen."

Die Berliner werden neue Hoffnungen schöpfen.

Revision im Beleidigungsprozeß gegen den Zaberner Anzeiger. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil im Beleidigungsprozeß des Majors Ude gegen den Redakteur des „Zaberner Anzeiger", Wiebecke (Vater und Sohn) Revision eingelegt.

Die erste Klage hat die Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens anhängig gemacht. Sie beschloß, die antisemitische „Staatsbürgerzeitung" in Berlin vor den Kadi zu zitieren, weil das Blatt in seiner Nummer vom 11. März in Wort und Bild die Mitglieder der Liga auf das gröblichste beleidigt hat.

Die Reichstagsersatzwahl in Stendal-Osterburg findet nicht, wie gestern gemeldet wurde, am 18., sondern am Freitag, den 15. Mai statt.

Ausland.

Sozialistischer Wahlsieg in Argentinien.

Bei den Wahlen für die Abgeordnetenkammer sind in der Hauptstadt Buenos Aires sieben Sozialisten und drei Radikale gewählt worden. Die Sozialisten erhielten 49,936 Stimmen, die Radikalen brachten es auf 37,517 Stimmen.

Prinz Heinrich, der Bruder Wilhelm II., der dieser Tage in Buenos Aires weilte, hat also am La Platastrome dieselbe Volksstimmung beobachten können, wie am grünen Strand der Spree.

Zur Ausdehnung der Schulspeisungen in England.

Mitten in den Kampf um Homerule und die Offiziersrevolte fiel die Beratung eines friedlicheren Kulturwerks: des Antrags des Arbeiterabgeordneten Jowett (Bradford) auf Ausdehnung und gründliche Umgestaltung des Schulspeisungsgesetzes von 1906, das die Gemeinden ermächtigt, zur Ernährung notleidender Schulkinder während der Unterrichtszeit bis zu einem halben Penny auf das Pfund steuerbaren Einkommens, d. i. einfünftel Prozent desselben, aufzuwenden. Der Antrag bezweckt, diese Begrenzung abzuschaffen, ferner die Verpflegung auch auf die Zeit der Schulferien auszudehnen, schließlich der Regierung das Recht zu geben, im Falle des Versagens des Schulverbandes von sich aus die erforderlichen Anordnungen auf dessen Kosten zu treffen. Zur Begründung führt Jowett aus, daß von 317 örtlichen Schulbehörden in England und Wales erst 114 irgendwelche Verpflegungseinrichtungen geschaffen haben, obwohl das Bedürfnis überall besteht. Die Notwendigkeit der Gewährung der Speisung während des ganzen Jahres bewies er durch Zahlen, die einen Gewichtsrückgang der Schüler in der Ferienzeit von der man eigentlich doch das Gegenteil erwarten sollte, dartun. Die Unmöglichkeit des Auskommens mit dem winzigen Fünftelprozent des Gesetzes legte er am Beispiele der Stadt Bradford dar, die ohne Rücksicht auf diese Beschränkung aus anderen Fonds auf den Ertrag dieses Steuerzuschlags bis zu 82 Prozent desselben und über 48 000 Mk. in einem Jahre hat draufzulegen müssen.

Am Beispiel von Bradford zeigte er auch die allgemeine Notwendigkeit dieser Maßnahmen. Dort werden etwa 2000 Kinder verpflegt. In deren Familien reiche das Einkommen nach Abzug der Miete nur in wenigen Fällen weiter als 8 Schilling auf den Kopf und die Woche, sinke sogar oft unter 2 Schilling herab. Nach den Feststellungen der Wissenschaft und mit Berücksichtigung der neuerlichen Preissteigerung müsse man für eine Familie von fünf Köpfen auf Nahrung allein fünfzehn Mark rechnen, so daß mit Miete und allen sonstigen Erfordernissen sich ein Mindestfamilienbedarf von wöchentlich 25—27½ Mark ergebe. Wo dieser Betrag nicht erreicht wird, sei das Eingreifen der Gemeinde erforderlich. Tue der Gemeindeverband seine Schuldigkeit nicht, so soll die Regierung auf Antrag von 5 Mitgliedern der Schulbehörde oder 20 Steuerzahlern das Recht erhalten, die nötigen Anordnungen zu treffen.

Der konservative Abgeordnete der schwerreichen Londoner Citykapitalisten, Banbury, brachte es fertig, den Antrag mit Rücksicht auf das „väterliche Verantwortlichkeitsgefühl" zu bekämpfen. Jedoch trat sein Parteigenosse Oberst Lockwood, der Vorsitzende des Küchenkomitees des Unterhauses, warm dafür ein. Er bemerkte, daß er manchmal gern arme Kinder mit den Speisen ernähren möchte, die von den Mitgliedern des Hauses naserümpfend verschmäht würden. Auch der Unterrichtsminister Peace begrüßte den Antrag. Die knapp 3¾ Millionen Mark, die jetzt von 110 Schulbehörden für Kinderspeisung ausgegeben werden, kommen nur einem Teile der unterernährten Schulkinder zugute. Dieser Antrag wird, in verbesserter Form Gesetz geworden, viel zur Bekämpfung der aus schlechter Ernährung stammenden Schwäche beitragen. Er beruht auf dem Gedanken, daß die Ernährung der Kinder ein Teil der Schulgesundheitspflege ist." Er bekämpfte freilich den Vorschlag, dem Arzte und dem Lehrer das Recht zu geben, mit Hilfe der Regierung „ihren Arbeitgebern", den örtlichen Behörden, Vorschriften zu machen. Die Zeit für einen weiteren Schritt in dieser Richtung sei gekommen, aber noch nicht für Einführung des Zwanges.

Die zweite Lesung erfolgte, nachdem der Antrag Banburys auf Ablehnung abgetan war, ohne weitere Abstimmung. Man darf also, wenngleich auch hier die liberale Regierung sich noch nicht zur Konsequenz der allgemeinen Verpflichtung zur Durchführung des als notwendig Erkannten aufzuschwingen vermag, eine entschiedene Förderung der segensreichen Einrichtung durch den englischen Staat erwarten.

Keine neue Geschäftsordnung für das österreichische Abgeordnetenhaus. Die Nachricht, daß eine aus Ministerialbeamten zusammengesetzte Kommission an dem Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus arbeite, der event. auf Grund des § 14 oktroyiert werden soll, wird entschieden dementiert.

* * *

Fideikommißwesen in Ungarn. Daß in Ungarn mit seiner Junkerherrschaft auch die Fideikommisse gedeihen, versteht sich von selbst. Nach den Aufstellungen für 1913 sind 2814200 Quadratjoch gleich 1½ Millionen Hektar so gebunden. Die ältesten stammen von 1653 und gehören den Grafen Palffy; das jüngste ist von 1912. Weitaus am größten ist das vom Fürsten Esterhazy 1695 begründete, das 283 000 Hektar umfaßt und auf etwa 340 Millionen Mark geschätzt wird. Von der Gesamtfläche des Landes sind nahezu 5 Prozent Fideikommißland. Und Hunderttausende Kleinbauern und Landarbeiter wandern aus, weil ihnen die Gelegenheit zum Arbeiten und Fortkommen fehlt. Nach dem amtlichen Berichte sind im Jahre 1911 64 057, 1912 104 668, 1913 116 470 Personen nach Amerika ausgewandert. Das sind aber nur die überseeischen und auch diese unvollständig, da die Einwanderungsländer für 1911 73 654, für 1913 120 516 auswanderte Ungarn angeben. Im Jahre 1912 wurden 313 276 Pässe ausgegeben. Mit Zurechnung der „Unberechtigten" darf die Zahl der Auswanderer auf ¼ Million angenommen werden; 1¼ Prozent der Bewohner Ungarns!

* * *

Die Eröffnung der Sobranje. Die außerordentliche Session der Sobranje ist mit einer vom Ministerpräsidenten Radoslawow verlesenen Thronrede eröffnet worden. Sie begründet zunächst die Auflösung der früheren Sobranje, verweist auf das Ergebnis der Wahlen und fährt dann fort: Die Beziehungen Bulgariens zu den Großmächten sind gut. Die Regierung richtet ihr ganzes Augenmerk darauf, sie freundschaftlich zu gestalten. Das Verhältnis zum ottomanischen Reiche entwickelt sich in freundschaftlicherer Richtung angesichts der zahlreichen wirtschaftlichen Interessen, durch die beide Reiche verbunden sind. Die Beziehungen zu allen anderen Nachbarstaaten sind wiederhergestellt. Es ist zu hoffen, daß sie infolge der gegenseitigen Bemühungen sich immer mehr bessern. Die Zukunft Bulgariens beruht auf friedlicher Arbeit. Die Thronrede kündigt sodann an, daß die Sobranje mit einer Reihe von Maßnahmen, welche auf die Sicherung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage abzielen, sich zu befassen haben wird. Die Thronrede wurde sehr beifällig aufgenommen.

* * *

Parlamentseröffnung in Spanien. Die Cortes sind gestern nachmittag vom König Alfons mit einer Thronrede eröffnet worden, die sich eingehend mit dem Protektorat über Nordmarokko befaßte, das ein historisches und geographisches Recht Spaniens sei. Die Rede stellte zugleich eine Reihe von verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Maßnahmen in Aussicht.

* * *

Getreidezölle für Finnland. Die Dumakommission für Handel und Industrie lehnte den finnischen Antrag ab, die Frage der Verzollung des ausländischen Exportgetreides für Finnland dem finnischen Landtag zur Entscheidung zu überlassen. Somit ist die Einführung des Zolles für das Großfürstentum entschieden. Diese Zollmaßnahme richtet sich bekanntlich gegen den deutschen Zolltarif, besonders gegen die Exportprämien an die Junker.

* * *

Der Widerstand gegen den Militärzwang in Australien. Wie sehr die Dienstpflicht auch in der Form der Volkswehr mit ganz kurzen Ausbildungszeiten den Völkern angelsächsischer Rasse verhaßt ist, zeigt der Kampf, der in Australien gegen die Durchführung des seit 1. Juli 1911 in Kraft stehenden „Verteidigungsgesetzes" geführt wird. Wie der Vorsitzende der Australischen Freiheitsliga, die diese Bewegung organisiert hat, mitteilt, sind jetzt 122 000 junge Männer der Ausbildungspflicht unterworfen, während gegen nicht weniger als 21 300, das sind 17½ Prozent, wegen Verletzung des Gesetzes durch Dienstentziehung oder offenen Widerstand Verfolgung eingeleitet wurde. 340 sind bereits im „Militärgefängnis", auf befestigte Plätze und dergl. eingeliefert worden. Neben der allgemeinen Abneigung gegen Zwangsdienst wirken zugunsten der Bewegung die Unzufriedenheit mit der beginnenden Schaffung einer unabhängigen Militärherrschaft durch Einsetzung eines von parlamentarischer Kontrolle befreiten Verteidigungsrats von sechs Offizieren und die Furcht vor der Verwendung von Truppen zu Polizeidiensten in wirtschaftlichen Kämpfen. Der Freiheitsliga, die von sozialistischer und von kirchlicher Seite unterstützt wird, gehören über 45 000 Mitglieder an.

Gewerkschaftliches.

Die Aussichten des Arbeitsmarktes.

Aus den vorliegenden Berichten über die Beschäftigung der Großindustrie klingt eine gewisse Resignation heraus. Man hatte an die Erleichterung des Geldmarktes weitgehende Hoffnungen geknüpft, die sich wohl schon im ersten Quartal des neuen Jahres verwirklichen sollten. Hierbei wurde übersehen, daß doch immer erst einige Zeit vergeht, ehe sich eine Besserung der Geldmarktverhältnisse auf den Warenmarkt, die Warenherstellung und den Arbeitsmarkt überträgt. Während die Wechselwirkungen zwischen Geldmarkt und Börse sich fast automatisch und sehr rasch vollziehen, bedarf es doch allerlei weitschweifiger geschäftlicher Manipulationen, ehe die vom Geldmarkt ausgehenden Anregungen sich in eine Zunahme des gewerblichen Beschäftigungsgrades umsetzen.

Vor allem ist dies am Baumarkte der Fall, wo man im Hinblick auf die Flüssigkeit des Geldmarktes eine Belebung des Geschäftsganges erwartete. Es liegen zwar aus der Provinz verschiedentliche Nachrichten vor, daß die Gesuche um Baugenehmigungen bei den Behörden wieder reichlicher eingehen als in den beiden Vorjahren. Hier und da wird auch schon eine effektive Zunahme der Bautätigkeit konstatiert, im allgemeinen vollzieht sich aber der Aufschwung noch recht langsam. Hier dürfte wohl erst das zweite und dritte Quartal eine umfassende und gründliche Erholung bringen. Die vom Baumarkte besonders abhängigen Gewerbe werden von der Erholung desselben auch bald profitieren.

Im Holzgewerbe zeigt sich neuerdings bereits eine leichte Belebung. An den Eisenmärkten herrscht die flaue Tendenz noch vor, doch dürfte sich in Stabeisen und Blechen wohl bald ein lebhafteres Geschäft entwickeln. Der Beschäftigungsgrad der westdeutschen Montanindustrie wird diesmal ausnahmsweise dem der schlesischen Werke nachstehen. Am Kohlenmarkte sind die Aussichten nicht besonders günstig. In der Metall- und Maschinenindustrie regt sich wieder etwas Leben. Auch in der Elektroindustrie wird es hier und da besser. Die Automobil-, Fahrrad-, Schreibmaschinenfabriken sind fast sämtlich schwach beschäftigt. In der Textilindustrie hat die seit einigen Wochen beobachtete Besserung der Geschäftslage nur geringe Fortschritte gemacht. Vorübergehend etwas ungünstige Witterung soll dem Ostergeschäft im Bekleidungsgewerbe sehr geschadet haben.

Trotz allen hier und da noch bemerkbaren trüben Punkte ist das Gesamtbild der Konjunkturaussichten kein ungünstiges. Wenn dem Geschäftsleben politische Sorgen erspart bleiben, wird es auch allmählich wieder kräftiger aufwärts gehen. Die Anregungen für den Erholungsprozeß dürften zum Teil auch von der Landwirtschaft ausgehen, die sich gegenwärtig in einer recht befriedigenden Lage befindet.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Vorsitz in der Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M. Zum ersten Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde am 31. März Genosse Eduard Gräf gewählt. Genosse Gräf bekleidet dieses Amt schon viele Jahre. Er erhielt bei der jetzigen Wahl alle Stimmen der Arbeitgeber. Von den Arbeitern stimmten alle Mitglieder für ihn, mit Ausnahme des neu in den Vorstand gewählten Vertreters der christlichen Gewerkschaften, der bei der Wahl einen weißen Zettel abgab. Den zweiten Vorsitzenden stellten die Unternehmer, aus deren Reihen auch der erste Schriftführer genommen worden ist. Hierüber und über die Besetzung der Unterausschüsse des Vorstandes war vorher eine Einigung erzielt worden.

Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. Am Dienstag, den 31. März, hat sich die Lohnkommission der Brauereiarbeiter mit den Vertrauensleuten in einer gemeinsamen Sitzung mit dem letzten Angebot der Unternehmer beschäftigt. Beschlossen wurde nach ausgiebiger Diskussion, über das Angebot des Vereins der Brauereien eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen. Diese Urabstimmung erfolgt am 2. und 3. April.

Streik der Berliner Maßschuhmacher. Eine Versammlung der Schuhmacher am Dienstag abend beschloß mit 322 von 353 Anwesenden, Donnerstag früh die Arbeit einzustellen. Die Zugeständnisse der Unternehmer wurden als unzureichend betrachtet.

Arbeitszustände beim Bau des Ems-Weser-Leine-Kanals. Für die Arbeiten am Ems-Weser-Leine-Kanal werden von einigen Tiefbaufirmen durch Inserate ständig Baumaschinisten und hauptsächlich Lokomotivführer und Heizer gesucht. Dadurch erzielen die Unternehmer ein Ueberangebot von Arbeitskräften, wodurch sie in die angenehme Lage versetzt werden, die Löhne zu drücken und die nicht fügsamen Arbeiter immer wieder entlassen zu können. Arbeitszeiten von 13 bis 15 Stunden und auch noch darüber gehören nicht zu den Seltenheiten. Bezahlt wird aber nur der niedrige Schichtlohn. So erhalten zum Beispiel die Lokomotivführer für ihre aufreibende lange Tätigkeit nur 5 bis 6 Mark. Der Wechsel der Arbeitskräfte ist ein ganz ungeheurer, was die Firmen aber nicht abhält, immer mehr auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu drücken. Im Interesse der im Tiefbau beschäftigten Baggermeister, Maschinisten, Lokomotivführer und Heizer sieht sich daher der Verband der Maschinisten und Heizer veranlaßt, vor weiterem Zuzug nach den Baustellen dringend zu warnen. Auskunft wird jederzeit bereitwilligst erteilt durch L. Bartling in Hannover, Nikolaistraße 7.

Tapeziererstreik in Freiburg i. B. In Freiburg streiken die Tapezierer. Die Unternehmer lehnten die Verhandlung ab und verlangten die Verlängerung des am 1. April d. J. ablaufenden Tarifvertrags um ein Jahr. Einschließlich einer kleineren Anzahl im christlichen Verbund Organisierter stehen 110 Tapezierer im Streik.

Betriebseinstellung russischer Rüstungsfabriken. Die Putilow-Werke, die Baltische Werft, die Fabrik der russischen Gesellschaft zur Erzeugung von Geschossen, die von Siemens und Halske und eine Reihe anderer Fabriken haben mit insgesamt 60 000 Arbeitern auf unbestimmte Zeit ihren Betrieb eingestellt.

Bevorstehender Generalstreik in Genf. Die seit sechs Monaten streikenden Tischler beschlossen, den Generalstreik herbeizuführen und beriefen zu näherer Beschlußfassung die Präsidenten der verschiedenen Arbeiterverbände ein, welche die Angelegenheit zur endgiltigen Entscheidung ihrer Korporationen unterbreiten sollen.

Der englische Bergarbeiterstreik. Mehr als 120 000 Bergarbeiter sind jetzt im Yorkshire-Distrikt im Ausstand. Bis Donnerstag abend dürfte die Zahl der Ausständigen auf 170 000 steigen. Die Preise für Yorkshire-Kohlen sind bedeutend in die Höhe gegangen. Auch mit einem Eisenbahnarbeiterstreik wird von neuem gedroht und die Zahl der Ausständigen im Londoner Baugewerbe ist Mittwoch um 5000 gewachsen. Ungefähr noch 80 000 Mann drohen mit Arbeitseinstellung.

Bergarbeiterbewegung in Amerika. Nachrichten aus dem Innern Pennsylvaniens bestätigen, daß 75 000 Bergleute mit Arbeitseinstellung für den 3. April drohen, wenn bis dahin kein Uebereinkommen mit den Arbeitgebern erzielt worden sei.

7514/2

Einer erzählt es dem andern, daß wir in Kathreiners Malzkaffee ein wohlschmeckendes, billiges und gesundes Familiengetränk haben. So ist Kathreiners Malzkaffee in 25 Jahren zu einem Volksgetränk ersten Ranges geworden. Viele Millionen trinken ihn täglich.

Schlesisches Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Kelchenbach, Ring 28, sowie: Goldbergerstr. Ecke Neumarkt; Neustadt O.-S., Neustraße 2.

Stadt-Theater.

Freitag 7½ Uhr:
„Samson und Dalila."
Sonnabend 7½ Uhr: 16580
(Ermäßigte Preise):
„Hoffmanns Erzählungen."
Sonntag, Anfang 6 Uhr:
„Parsifal".

Die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die Aufführung von „Parsifal" am 13. April 1914 (2. Osterfeiertag) findet nur Sonnabend, den 4. April, nachmittags von 3—5 Uhr an der Tageskasse statt, die vom 22. April findet erst Mittwoch, den 15. April, ebenfalls nachmittags von 3—5 Uhr statt. Ueber nicht abgeholte Eintrittskarten wird von Sonntag resp. Donnerstag ab anderweitig verfügt.

Lobe-Theater.

Freitag: Humboldt-Verein.
7½ Uhr: 16526
„Die Journalisten."
Sonnabend 7½ Uhr:
„Die Journalisten."
Sonntag, Nachmittags 3½ Uhr:
„Die heitere Residenz."
Abends 7½ Uhr:
„Als ich noch im Flügelkleide"

Thalia-Theater.

Sonntag, 7½ Uhr: 16552
„Zapfenstreich."

Schauspielhaus

(Operettenbühne.) Tel. 2515.
Heute Freitag und die folgenden Tage:
Gastspiel
Asta Nielsen
mit ihrer Gesellschaft:
„Die Tochter der Landstraße."
Vorher: 16538
„Der junge Papa."
Zum Schluß:
„Vera Violetta."
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Das Farmermädchen."

Asta Nielsen's

Gastspiel und

Durra's

einzig dastehender

Kostüm Kleider Blusen Röcke

Sport-Jacken Verkauf

sind die Sensation für 63

Breslau Friedrichstr. 57 1. Etage.

Liebichs Etablissement

Besetzt! Bitte später!
Der urkomische Telephontisch
Merlan's Hundetheater
u. d. phänomenale April-Programm.
16545 Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 5. April:
Nachmittag-Vorstellung.

Viktoria-Theater.

Schmitz und 6 Novitäten!
Auf. Wochentg. 8, Sonntg. ½8 U.
Jeden Sonn- u. Feiertag:
Nachmittags-Vorstellung.
Bons wochentags gültig. 1466

Volksvariété Zeltgarten.

Heute Freitag
am 8. Tage der gross. internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
um die Meisterschaft v. Schlesien und die Prämie von 3000 Mk. ringen folgende Paare:
Oestreich contra **Lindermann**
Brandenburg Westfalen
Jimm Brünn contra **Lecende**
Afrika Breslau
Kara Alli contra **Brendell**
Türkei Schlesien
Beginn der Ringkämpfe 10 Uhr.
Vorher das neue April-Programm.
Vorverkauf 93
den ganzen Tag im Zigarrengeschäft vis-à-vis Zeltgarten.

Dominikaner

Heute:
Durch Klippen und Wellen
Der neue Kompagnieschreiber
1:1 4 prima Schaunummern 1:1
Freikarten gültig. 34

Ring-Theater

Ring 47
(Naschmarktseite.)

Täglich ab 5 Uhr:
Grosses Elite-Programm.
Alleiniges Erstaufführungsrecht für Breslau.

Die Katastrophe.
Ein mit einem Kostenaufwand von ½ Million Mark hergestellter verwegener Sensationsfilm in 3 Akten.

Wer ist Sieger?
Drama aus exklusiven Kreisen in 3 Akten.

Die Furlana.
Ein von Sr. Heiligkeit Papst Pius X. empfohlener Tanz und das weitere fashionable Programm. 84

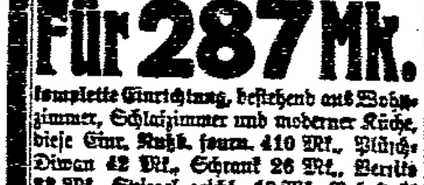
! Sie sparen viel Geld !

Anzüge nach Maß 17.50, 24, 30, 36 M.
Elegante Verarbeitung, gutsitzend. Grosse Auswahl in fertigen Anzügen! 8.75, 12—, 15—, 18—, 22— M.
Herrenkleiderfbr. M. Juliusberger,
Albrechtstr. 41, II. (Kein Laden).

Für 287 Mk.

komplette Einrichtung, bestehend aus Wohnzimmer, Schlafzimmer und moderner Küche, diese Eiche, Nußb. foum. 410 Mk., Plüsch-Diwan 42 Mk., Schrank 26 Mk., Vertiko 33 Mk., Spiegel, geschl., 10 Mk., Rohrstuhl 3.50 Mk., eich. Schlafz., Solid mit Umbau, Büfetts, Waschtisch 12.50 Mk., 2c. 2c. liefert wirklich reell und billig
Siegfried Grieger
Kupferschmiedestraße 24.
15358] Gegr. 1859. — Tel. 9177.
Zahlung nach Vereinbarung!

„Triumph" „Cito" erstkl. Marken zu zeitgem. Preisen. Gebr. Räder von 15 Mk. an. Neue Räder von 39.50 Mk. an. Reparaturen schnell u. preiswert. Weitgeh. Garantie. Teilzahlung gestattet. 16347
Tschopiner Fahrradhaus
Fritz Steinicke, Striegauerplatz 13, Friedrich-Wilhelmstraße 106.



1/502/2

Zur Aufklärung!

Das 8-Tage-Rennen in Breslau

besteht in den enorm billigen Verkäufen von hocheleganten, modernen **I- und II-reihigen**

Anzügen

zum Aussuchen bedeutend unter Preis.

Serie I	Serie II
15.00 Mk.	25.00 Mk.

Für jeden Herrn bietet sich diese außerordentliche **Gelegenheit.**

Beginn: 31. März cr.
Schluss: 7. April cr.

Kaufhaus für Herren-Garderoben
G. m. b. H.

Neue Schweidnitzerstr. 6

an der Gartenstrasse. 16563

Günther & Otto

Rohtabakhandlung
Breslau, Reuschestrasse 51
(Niepoldpassage). 157742

Schönes Gütchen 28 Morgen groß, neue Gebäude, schönes Inventar, bei Hypotheken 5 Jahre fest, wird umstandshalber für spottbilligen Preis von 10750 Mk. bei 1000 bis 1500 Mk. Anzahlung verkauft. Käufer, die sofort übernehmen können, werden berücksichtigt.
S. Blumenthal, Glogau,
Hohenzollernstr. 9. [95] Telefon 424.

Kaufe gebr. Möbel!
Hobelbänke, jeden Posten Tischlerwerkzeug. Bestell. briefl. u. mündl. Wahler, Friedrichstr. 53a, Gartenstr. 36. [91

Billig! Billig!
Schweinefleisch 60 u. 70 Pfg. Rindfleisch 80 u. 90 Pfg., ohne Knoch. 1 M.
Paul Weidlich 96
Lohestr. 42 :: Telephon Nr. 4404.

Diverse einfache, sowie bessere
Möbel
stehen billigst zum Verkauf. Nehdigerstraße 19, Hof, III. [79

Frack-
Smoking-, Gehrockanzüge
Verleih-Institut
J. Wolff 13495
Ohlauer Strasse 64
Eing. Katzenlohle. Telef. 4322.

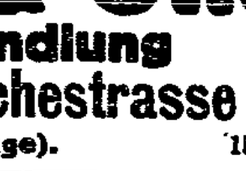
Anzüge eigene Stücke, prima Stoffe. [1637]
Bettbezüge, Teppiche
verkauft billig **Zeltgasse Albrechtsstr. 17, I.**

Frack- u. Gehrock-Anzüge
sowie Klapp- und Zylinderhüte
verleiht 16002
H. Anders, Weidenstr. 8,
Ecke Alsenstraße.

Verkauf gebr. Möbel
Schränke, Kommoden, Bettstell., Sof., ganz. Stub.-Einrichtg. v. 30, 50, 70 Mk.
Wahler, Friedrichstraße 53a. [90

Hut-Hanke

Inh.: Joh. Tessmer
Friedrich-Wilhelmstr. 23



Hüte, Mützen
für Herren und Knaben.
Konfirmanden-Hüte
zu billigsten Preisen.
Knalle sämtl. Hutreparaturen.

Sanitätsartikel
: Bruchbänder, Leibbinden :
Gradehalter f. Schlafwachsende
W. Fritz, Lauchestrasse 36.
16073

Reform Theater

Schmiedebrücke 17/18
neben dem Nussbaum.

Union Theater

Graupenstr. 6, am Karlsplatz.

71 **Eine Glanzleistung der Filmkunst**

Der neue Unterpräfekt

Pikantes Sittenbild in feinstem Pariser Genre
in 3 Akten.
Eheirrungen eines Unterpräfekten mit einer Pariser Sängerin.

Auf vielseitiges Verlangen bis Montag prolongiert

Die Flucht aus der Fremdenlegion

Erschütterndes Drama eines jungen Deutschen
in 4 Akten.

D. Liepelt, Schneidermstr.

Blücherstr. 21, Eing. Oelsnerstr.
Anfertigung feiner Herrengarderoben.
Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben.
Berufskleidung für alle Gewerke u. Industriezweige.
Prima Qualität, beste Arbeit. 78

39 | 39

Uhren, Ketten, Ringe,

Broschen, Ohrringe etc. 16068
nur gutes Fabrikat zu billigsten Preisen.
Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. **39**

39 | 39

Neuheiten für Frühjahr und Sommer

aparte Farben, modernste Formen in grösster Auswahl
zu bekannt unerreicht billigen 97
Spezial-Preisen.
Nur reelle erstklassige Qualitäten!

Gustav Beyer,
Schmiedebrücke 36/38
am Universitätsplatz,
Ohlauerstrasse 64
am Christophoriplatz,
Friedrich-Wilhelmstrasse 2
am Königsplatz.

Kleier-, Flieger- u. Auto-Mützen
aparte neue Formen.
Meine Schaufenster-Auslagen bitte zu beachten.

Hitze-Hüte

nur Albrechtsstr. 4
1. Viertel vom Ring.
Grosse Auswahl. Bekannt billige Preise. 15761

N. Steinitz jr.

Albrechtsstrasse 57
beste und billigste Bezugsquelle
für 77
Herren- und Knaben-Kleidung.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten **je drei Worte 10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Schönes frisches Hundefett, junges fettes Fleisch, ärztlich untersucht, billig Ohlauerstraße 16, Kellerladen. 101

Gut erhaltener Kinderwagen billig zu verk. Gräbschenerstr. 19/21, Stg. III, r. 98

Gut erhalt. Sportliegewagen (Gummiräder) zu verkaufen. Appel, Bärenstraße 26, 1. Etage. 66

Weiße Gallonlaune ist billig zu verkaufen. Dimschek, Bärenstr. 36, I. 67

Guter Sommeranzug (neu) verkauft Nitschke, Neudorfstraße 81, IV. 68

Ein fast neuer Kinderwagen mit Gummirädern ist billig zu verkaufen Flutstraße 3 bei Klinge. 76

Kinderwagen verkauft billig Kowatsch, Alsenstraße 38, Hinterhaus, II. 74

Sofa mit Umbaubortbrett billig zu verkaufen Seydlitzstr. 8, Souterrain. 73

Vermietung

Per 1. Juni wird kleine Wohnung (2 fensterige Stube und Küche) zu mieten gesucht, beziehbar 29. Mai. Offerten unter A. B. 14 an die Exped. d. Ztg. 75

Verantwortlicher Redakteur: Franz Pfeifer. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 7. — Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck von Fr. Schmidt G. m. b. H. & Co. sämtlich in Breslau.

Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage.

Freitag, den 3. April 1914.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. April.

Stadtverordneten-Versammlung.

Unter Anwesenheit von 19 bürgerlichen und 12 sozialdemokratischen Stadtverordneten nahm gestern die Versammlung ihre Arbeiten mit dem Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben auf, in dem sich auch 1.060.000 Mark Polizeikosten befinden. Genosse Löbe mußte vor diesem etwas sehr lichten Auditorium, das zu dem überfüllten Zuhörerraum in seltenem Kontrast stand, die kleinen Liebenswürdigkeiten und die ernsten Beschwerden gegen die Breslauer Polizeiverwaltung vorbringen. Bei ihrem Charakter begegnete sie trotzdem lebhaftem Interesse. Den Wunsch an den Magistrat, er möge bei der Polizei wegen der Störung der Leichenbegängnisse vorstellig werden, glaubte Bürgermeister Trentin zurückweisen zu müssen, weil die Stadt in die Kompetenz der Polizei ebensowenig eingreifen könne, als die Polizei in die Kompetenz der Stadt. Der Parallelismus ist sehr unzutreffend, denn die Stadt bezahlt doch die Polizei, die Polizei bezahlt aber nichts für die Stadt! Sonst erstand der Polizei nirgends ein Helfer, und auch der Bürgermeister ließ es ganz dahingestellt, wie er über die Sache selbst dachte!

Als beim Etat der Bauverwaltung Stadtverordneter Brinke seine berechtigten Beschwerden über die Verschleppung des Krematorium-Baues vorbrachte, entspann sich eine Debatte über die Bauverwaltung und ihre Fonds, die sich sehr lange ausspann, aber mit Annahme der Magistratsanträge betreffend Schaffung eines Fonds für Vorbereitung von Hochbauten endete.

Beim Etat der Beamtenbesoldungen gab es eine lange Debatte darüber, ob die ungeteilte siebenstündige Arbeitszeit wieder in den normalen Vormittags- und Nachmittagsdienst umgewandelt werden soll, wofür die Bedürfnisse des Publikums und die geringen Leistungen der Beamten angeführt wurden. Der Magistrat verteidigt tapfer den gegenwärtigen Zustand und seine Beamten und förderte dabei soviel soziales Verständnis für kurze Arbeitszeit, freie Nachmittage, gesunde Wohnungen, Rücksicht auf die Familie zutage, daß man nur wünschen konnte, er möge diese Grundsätze nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Arbeiter gelten lassen!

Ganz verwickelte und verworrene Kämpfe entspannen sich beim Etat der Gemeindesteuern und zwar bei der Position Umsatzsteuer, für die der Etatsausschuß Herabsetzung von 1 Prozent auf ½ Prozent vorgeschlagen hatte, ein Vorschlag, den derselbe auf Drohungen durch den Magistrat wieder zurückzog. Die Sozialdemokraten hatten in Rücksicht auf den schlimmen Stand der Bautätigkeit der Herabsetzung ausnahmsweise zugestimmt und sahen in dem Widerstand des Magistrats keinen Grund, ihre Haltung aufzugeben, beantragten vielmehr die Wiederherstellung des ersten Beschlusses. Scharf wandten sich der Kämmerer und der Oberbürgermeister dagegen — der Erstere unter Anführung einer Reihe von durchaus einleuchtenden Gründen — Herr Heilberg türmte verfassungsrechtliche Schwierigkeiten auf, Herr Wohlauer wahrte den reinen Untertanenstandpunkt: „der Magistrat will doch nicht", Herr Hamburger verwies darauf, daß die Sozialdemokraten beinahe die Mehrheit hatten und vertröstete auf die Zukunft. Ein großer Teil der Stadtverordneten hatte während dieser Debatte nämlich das Weite gesucht, er wollte weder die Hausbesitzer vor den Kopf stoßen, noch mit dem Magistrat sich überwerfen. Da war guter Rat teuer, und sogar der tapfere Herr Herschel suchte während der Abstimmung ein geheimes Oertchen auf, wurde aber bei seiner Wiederkehr mit fröhlichem Hallo begrüßt. Stand hielten dagegen Herr Jeron und die drei Juristen Feige, Milch und Hanke spotteten der juristischen Bedenken des freisinnigen Führers. Es ergab sich schließlich die Mehrheit für den Antrag Löbe ohne die Begrenzung auf Kleinwohnungen, und hierauf gelang es, die Wertzuwachssteuer in vollem Umfange aufrechtzuerhalten.

Damit ist ein neuer Konfliktsfall zwischen Magistrat und Stadtverordneten gegeben. Wir sehen seine Lösung nur in dem Entschluß, der Wohnungsnot auf andere, schon angedeutete Weise zu begegnen. Macht der Magistrat praktische Vorschläge anderer Art zur Beseitigung von Wohnungsmangel und zur Hebung der Bautätigkeit, dann wird die Versammlung gern auf das halbe Prozent verzichten, wenn nicht — nicht!

* * *

Die Breslauer Polizeiausgaben.

Stadtv. **Bischof** ersucht um Annahme des Etats der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben, in dem der Betrag für die Schülerspeisung auf Antrag Neukirch (Soz.) um 2500 Mark erhöht und 500 Mark für den Schlesischen Arbeitsnachweisverband eingesetzt sind.

Stadtv. **Löbe:** Bei der dicken Million, die wir für Polizeikosten in diesen Etat einstellen müssen, sind schon früher Klagen und Beschwerden geäußert worden, z. B. über die mangelnde Sicherheit in der Südvorstadt. Auch jetzt hört man wieder allgemeine Enttäuschung, daß es der Breslauer Polizei nicht möglich war, die Verüber des Kapitalverbrechens an dem Kräutereibesitzer Haase auf der Weinbergstraße zu entdecken. Gegen solche abfällige Urteile möchte ich die Polizei in Schutz nehmen. Sie haben keine Ahnung mit welcher Rastlosigkeit und welchem Eifer Sie von der Polizei bewacht werden, z. B. vor uns! Sie müßten einmal eine solche Kolonne sehen, die unter Führung eines Kommissarius vor das Gewerkschaftshaus rückt, um unsere Turner nach Jugendlichen abzusuchen. Tor und Tür werden mit Mannschaften besetzt und dann beginnt die „Razzia". Die Truppe kann nicht eher wieder abziehen, als bis der letzte Turner von seinem hohen Trapez herabgeklettert und ist seine Personalien zu den Akten gegeben hat. (Heiterkeit.) Kürzlich wurde ich wegen Veranstaltung eines unangemeldeten Kammermusikabends zu 3 Mark Strafe verurteilt; dazu stellte aber die Polizei nicht nur meine eigenen Personalien fest, sondern auch die Namen von Vater, Mutter, Frau, meine „Gewerbeverhältnisse", Vormundschaftssachen, und fragte schließlich gar, ob ich Orden und Ehrenzeichen besitze. (Große Heiterkeit.) Ich mußte natürlich antworten: vorläufig noch nicht! Sie sehen aber daraus, die Polizei hat eine ganze Menge Arbeit. Später wurde ich von der Polizei vernommen wegen Veranstaltungen von öffentlichen Theatervorstellungen am Bußtag und Totensonntag. Da wurden dreimal hintereinander meine Personalien festgestellt, immer nach einer Viertelstunde fragte man wieder, ob mein Vater noch tot ist, ob ich immer noch keine Orden und Ehrenzeichen besitze. Die Polizei geht mit solchem Eifer gegen unsere politischen Sünden vor, demgegenüber können mangelnde Erfolge auf anderen Gebieten natürlich keine Rolle spielen.

Aber in einer ernsteren Sache möchte ich die Mitwirkung des Magistrats erbitten, ich möchte fragen, ob er nicht bei der Polizeiverwaltung vorstellig werden will, daß in Zukunft die Störung der Leichenzüge sozialdemokratischer Bürger unterbleibt. Die Breslauer Polizei sieht nämlich Leichenzüge, in denen rote Kranzschleifen getragen werden, als „ungewöhnliche" an, obwohl sie in Berlin, Görlitz, Liegnitz, auch in Krietern und Mochbern nicht ungewöhnlich sind, auch in Breslau seit 20 Jahren gewöhnlich waren. Dabei geschieht weiter nichts, als wenn ein Kriegerverein schwarzweißrote, eine Loge blaue, ein Jägerverein grünrote und die Stadt rotweiße Schleifen stiftet. Die roten aber werden den Trägern aus den Händen genommen, wenn sie sie nicht freiwillig hergeben. Man trug dann die Kränze mit den Schleifen nicht mehr voran, sondern legte sie auf den Sarg, aber am vorletzten Sonntag, bei der Beerdigung der Frau eines Parteifreundes, sind sie von der Polizei auch dort heruntergeholt worden, daß ein Fetzen davon am Sarge hängen blieb. Solche Szenen sind geeignet, das Ansehen Breslaus in der Oeffentlichkeit zu schädigen und deshalb sollte der Magistrat seine Stimme dagegen erheben. (Beifall bei den Soz.)

Bürgermeister **Trentin:** Ob der Magistrat die hier vorgetragenen Einzelheiten billigt oder nicht, spielt keine Rolle. Wir können in die Kompetenz der Polizei nicht eingreifen, wie wir es auch zurückweisen würden, wenn der Polizeipräsident in die Kompetenz des Magistrats eingreifen wollte.

* * *

Die indirekten Gemeindesteuern.

Beim Etat der Gemeindesteuern hatte der Ausschuß beschlossen, die Umsatzsteuer für bebaute Grundstücke auf ½% zu ermäßigen und den Reichsanteil der Wertzuwachssteuer fallen zu lassen, um den Haus- und Grundbesitzern die geforderten Steuererleichterungen zu bringen, die den schlechten Wohnungsmarkt günstig beeinflussen können. Der Magistrat erklärte sich gegen den Nachlaß der Umsatzsteuer, womit der Ausschuß einverstanden war.

Stadtv. **Bielschowsky** (lib.) berichtet darüber ausführlich und empfiehlt, dem Ausschußgutachten zuzustimmen.

Stadtverordneter **Löbe:** Wir nehmen den Antrag, die Umsatzsteuer für bebaute Grundstücke vorübergehend auf ½ Prozent zu ermäßigen, wieder auf. Dazu bestimmt uns die überaus trübe und auch für die nächste Zukunft noch aussichtslose Lage der Bautätigkeit und der schlimme Zustand des Wohnungsmarktes in Breslau. Auf eine ausgehängte Wohnung haben sich in der Gräbschenerstraße am ersten Tage schon 20 nachfragende Mieter, in einem Hause der Nikolaivorstadt bald 50 gemeldet. Dieser Zustand wird immer ungünstiger und Neubauten entstehen fast garnicht. In dieser ungewöhnlichen Notlage, und da wir durchgreifendere Mittel nicht durchsetzen können, stimmen wir den kleineren Erleichterungen zu, also auch der Ermäßigung der Umsatzsteuer. Der Magistrat erklärt, er tritt dem Beschluß nicht bei, nun gut, das hören wir ja jetzt öfter. Da muß eben die Versammlung beweisen, daß sie auch einen Willen hat und nicht immer zum Nachgeben da ist.

Kämmerer **Matthes:** Die Annahme des Antrages Löbe würde einen Ausfall von 202.000 Mark bedeuten und eine Erhöhung der Steuern um 2%. Wir sind auch der Ansicht, daß der Baumarkt ungünstig ist, aber wie sich Herr Löbe eine günstige Beeinflussung des Wohnungswesens dadurch denkt, wie es besonders möglich sein soll, dadurch mehr Arbeiterwohnungen zu erhalten, das bitte ich Herrn Löbe, mir zu sagen. Es ist doch nach Herzenslust gebaut worden, so daß heut noch viele Wohnungen leer stehen. Die lokalen Steuerordnungen können nicht verantwortlich gemacht werden für die Wohnungsverhältnisse; es liegt an den schlechten Geldverhältnissen und daran, daß keine zweiten und dritten Hypotheken zu haben sind. Wer heut im Innern der Stadt 500 Mark weniger Umsatzsteuer zahlt, der baut doch sicherlich kein Arbeiterhaus in Pöpelwitz. Also die Umsatzsteuer hat mit dem Bauen nichts zu tun. Wir sagten uns allerdings, bei der Wertzuwachssteuer könnten wir vielleicht den Ausfall des Reichsanteils zugeben; gern tun wir es auch nicht.

Stadtv. **Milch** (lib.) wendet sich gegen die Ansicht des Kämmerers und erklärt sich für den Antrag Löbe, weil dadurch die Bautätigkeit ganz sicher beeinflußt wird. Für den Fall der Ablehnung stellt er den Antrag, die Wertzuwachssteuer ganz fallen zu lassen und begründet ihn.

Oberbürgermeister **Matting:** Wenn wir die Umsatzsteuer ermäßigen, machen wir, so glaube ich, lediglich den Unternehmern ein Geschenk. Die Absicht, dadurch kleine Wohnungen zu bekommen, wird nicht erreicht. Das könnte vielleicht nur geschehen, wenn es hieße, die Umsatzsteuer wird halb oder ganz erlassen, sobald es sich um den Bau von Kleinwohnungen handelt. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer kann nach den Erfahrungen in Preußen den Baumarkt nicht beleben. Zwingende Gründe liegen deshalb nicht vor, die Umsatzsteuer herabzusetzen.

Stadtv. **Feige** (lib.): Die Steuerverhältnisse und vielleicht noch mehr die schwierigen Geldverhältnisse sind es, unter denen der Baumarkt gelitten hat. Heut ist jeder Grundstücksverkauf mit vier bis fünf Prozent des Wertes belastet, was uns zwingen sollte, die Umsatzsteuer zu ermäßigen. Gegenwärtig wird der Umsatz besteuert, ohne daß ein innerer Grund vorliegt, einzig um das Stadtsäckel zu füllen. Redner unterstützt im übrigen den Antrag Milch, die Wertzuwachssteuer ganz zu beseitigen.

Stadtv. **Jeron** (kler.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Wegen 200.000 Mark Steuerausfall bei der Umsatzsteuer kann ein 45 Millionen-Etat nicht umgeworfen werden. Ich bitte Sie, dem Antrag Löbe zuzustimmen.

Kämmerer **Matthes** teilt mit, im Magistrat waren nur zwei Stimmen für die Ermäßigung der Umsatzsteuer, nachdem darüber ausführlich beraten worden ist. Die Ausführungen des Herrn Feige führen dahin, ganz mit der Umsatzsteuer und Wertzuwachssteuer aufzuräumen; aber das geht nicht nach den vorhandenen gesetzlichen Vorschriften. Alle Wohlfahrtseinrichtungen kommen in erster Reihe den Grundbesitzern zu gute, so daß diese beiden Steuern durchaus berechtigt sind. Ich bitte Sie dringend, dem Antrage Löbe nicht zuzustimmen.

Oberbürgermeister **Matting** wendet sich gegen den Stadtverordneten Feige. Seine alte Abneigung gegen Umsatz- und Wertzuwachssteuer sind hier unangebracht.

Stadtv. **Hanke** (lib.) meint, es ist hier sehr viel Falsches gesagt worden. Die Bautätigkeit liegt darnieder, wie es seit vielen Jahren nicht gewesen ist. Das liegt keineswegs an den Geldverhältnissen. Sie werden nicht die Umsatzsteuer und die Wertzuwachssteuer opfern, Sie werden aber hundertfach größere Opfer bringen müssen; Sie werden selbst bauen müssen. Um himmelswillen, die Stadt selbst bauen (Heiterkeit.) Das wird eine teuere Sache werden. Das halbe Prozent der Umsatzsteuer spielt tatsächlich eine bedeutende Rolle beim Verkaufen. Wenn Sie darauf eingehen, kostet das nicht 200.000 Mark, vorausgesetzt, daß der Reichsanteil der Wertzuwachssteuer nach wie vor bestehen bleibt. Ich bin ja Generalreferent und habe auch ein Interesse an der Gestaltung der städtischen Finanzen; den Ausfall bei der Umsatzsteuer, den schaffe ich Ihnen noch jederzeit. (Heiterkeit.)

Stadtv. **Löbe:** Dem Herrn Kämmerer ist es durchaus zuzugeben, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer kein gründliches Mittel zur Abhilfe der augenblicklichen Not ist. Auch wir entschließen uns dazu nur ausnahmsweise und nur vorübergehend angesichts einer außergewöhnlichen Notlage. Wir würden gern davon abgehen, wenn sich der Magistrat zu energischen Maßnahmen aufraffte, also Förderung des Wohnungsbaues durch Eigenbau oder durch Unterstützung gemeinnütziger Genossenschaften. So lange das nicht geschieht, müssen wir den Privatbau fördern, indem wir ihm die Veräußerung des gebauten Hauses erleichtern. Ich bin aber bereit, meinen Antrag dahin zu beschränken, daß er nur für Häuser mit kleinen Wohnungen bis zu zwei Zimmern gilt.

Oberbürgermeister **Matting** erklärt, er habe nur andeuten wollen, wenn der Antrag Löbe angenommen wird, dann muß der Magistrat die Sache nochmals prüfen. Redner hofft aber, daß der Magistrat seinen Beschluß nicht ändert. Die Umsatzsteuer ermäßigen, das hieße ein zu großes Opfer bringen für den vielleicht möglichen Fall, daß wenige Kleinwohnungen mehr gebaut werden. Da wäre es schon besser, unmittelbar einzugreifen durch Unterstützung von Genossenschaften usw. Ich bin gegen den Antrag Löbe.

Stadtv. **Wohlauer** (lib.): Ich würde auch für den Antrag Löbe stimmen, aber aus dem Handgelenk heraus läßt sich das jetzt nicht machen. So sehr wir für eine Herabsetzung der Umsatzsteuer sind, nachdem uns der Magistrat die scharfe Gegenerklärung gegeben hat, müssen wir zurücktreten.

Stadtv. **Hamburger** (lib.) bittet für den Fall der Annahme des Antrages Löbe, den Reichsanteil der Wertzuwachssteuer zu erhalten. Heute sind ja nur noch die Sozialdemokraten da, die Sache kann ja später gemacht werden.

Stadtv. **Heilberg** (lib.) ist der Ansicht, daß im Rahmen der Etatsberatung die Aenderung der Umsatzsteuer nicht beschlossen werden darf, wenn nicht große Schwierigkeiten heraufgeführt werden sollen. Wegen der Wertzuwachssteuer haben wir freie Hand, nicht aber in der Umsatzsteuer, die von der Genehmigung des Bezirksausschusses abhängig ist, was sich lange hinziehen und auch den Etat gefährden kann. Es ist, glaube ich, besser, daß wir über die Aenderung der Umsatzsteuer später verhandeln.

Stadtv. **Löbe:** Herr Heilberg hätte seine verfassungsmäßigen Bedenken damals erheben müssen, als die auf Ermäßigung der Umsatzsteuer abzielenden Anträge Feige, Hanke und Jeron gerade dem Etatsausschuß zur Beratung überwiesen wurden, jetzt ist es zu spät. Seine Bedenken gelten übrigens auch für die Wertzuwachssteuerordnung. Diese Steuer wollen wir in vollem Umfange bestehen lassen, ihre Abschaffung nützt weder dem Mieter noch dem Hausbesitzer. Herr Hamburger sieht im Saale nur noch Sozialdemokraten, da sitzt noch Herr Jeron, dort Herr Hancke, dort Herr Milch; die Herren sind ja noch nicht ganz bei uns, also Sie brauchen keine Angst zu haben. Auf Versprechungen für später aber sind wir nur einmal hineingefallen, das war bei der Halle, das passiert uns nicht mehr. Deshalb halten wir heute an unseren Anträgen fest.

Stadtv. **Heilberg** (lib.) wendet sich gegen Stadtv. Löbe, der ihn mißverstanden habe.

Stadtv. **Hanke** (lib.) bemerkt, es besteht keine Gefahr, daß durch die Aenderung der Umsatzsteuer der Etat nicht fertig werde.

Der Berichterstatter Stadtv. **Bielschowsky** (lib.) glaubt nicht, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer die erhoffte Belebung des Baumarktes bringt und empfiehlt, den Antrag Löbe, der ihm sonst sehr angenehm ist, zur Zeit abzulehnen.

Der Antrag Löbe wird angenommen, der Antrag Milch, die Wertzuwachssteuer ganz fallen zu lassen, abgelehnt, ebenso der Antrag, den Reichsanteil der Wertzuwachssteuer aufzuheben. Viele Stadtverordnete hatten sich der Abstimmung durch die Flucht entzogen.

* * *

Die Breslauer Beamtenverhältnisse.

Den Ausschußbericht über den Haushaltsplan der Beamtenbesoldungen erstattet Stadtv. **Milch** (lib.). Der Ausschuß ist der Auffassung, daß die Zahl der städtischen Beamten in Breslau unverhältnismäßig rasch gestiegen ist. Er schlägt deshalb vor, eine Kommission einzusetzen, die prüfen soll, inwieweit sich der Bureaudienst durch Abschaffung überflüssigen Schreibwerks vereinfachen ließe. Auch die englische Tischzeit soll wieder abgeschafft und die Beamten sollen, wie dies früher war, von acht bis ein Uhr und von drei bis sechs Uhr arbeiten.

Stadtrat **Tobler:** Die beiden Vorschläge des Ausschusses, die englische Tischzeit aufzuheben und eine gemischte Kommission einzusetzen, halten wir als ungeeignet und bitten, sie abzulehnen. Es ist durchaus irrig, zu glauben, daß die geteilte Arbeitszeit mehr Arbeit liefert. Jetzt können die Bürger zwischen 1 und 3 Uhr nachmittags die städtischen Bureaus aufsuchen, was sehr zweckmäßig ist, bei geteilter Arbeitszeit aber nicht möglich wäre. Dem größten Teil der Einwohner ist sicherlich mit der jetzigen Arbeitszeit der städtischen Beamten am besten gedient. Eine gemischte Kommission zur Vereinfachung des Bureaudienstes ist der Gefahr ausgesetzt, zu viel Arbeit übernehmen zu müssen, die sie kaum ausführen dürfte. Ob dabei wirklich Vorschläge für die Reform des städtischen Bureaudienstes herauskommen, ist sehr zu bezweifeln. Ich kann mir einen Erfolg nicht versprechen, weshalb ich ersuche, eine solche gemischte Kommission nicht einzusetzen.

Oberbürgermeister **Matting:** Im ganzen würden bei der geteilten Arbeitszeit drei Stunden mehr Dienst herauskommen. Daß diese drei Stunden das Hilfsmittel zur Besserung sein soll, das bezweifle ich. Vor der ungeteilten Arbeitszeit, die jetzt sieben Jahre besteht, hatten Sie gewiß dieselben Klagen wie heute. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Arbeitsstunden nachmittags eine schlechtere Arbeitsmöglichkeit ergeben; das bestätigen auch die Erfahrungen in der Schule. Führen Sie die Nachmittag-Arbeitszeit ein, dann nehmen Sie den Beamten die Möglichkeit, noch freiwillig zu Hause zu arbeiten. Die durchgehende Arbeitszeit ist wegen der gründlichen Erholung an Nachmittagen gesundheitlich besser, als die geteilte Arbeitszeit. Muß der Beamte nachmittags arbeiten, dann wird er auch seiner Familie ganz entzogen. Ich sehe in der geteilten Arbeitszeit viele soziale und gesundheitliche Nachteile, vor allem aber ein Mittel zur Verärgerung der Beamten.

Stadtv. **Wohlauer** (lib.): Es ist keine Frage, die Beamten sind für das Publikum da, aber ich sehe in der geteilten Arbeitszeit für das Publikum keinen Vorteil. Ich sehe darin eine Gefahr, die ungeteilte Arbeitszeit wieder abzuschaffen. Die Hauptsache ist die Arbeitsfreudigkeit, die sicherlich leidet, wenn die Aenderung eingeführt wird. Außerdem vergessen wir nicht die Schädigung im Wohnen. Es bedeutet ein Rückwärtsdrängen einer vorhandenen guten Bewegung, wenn wir den Beamten die geteilte Arbeitszeit zumuten.

Stadtv. **Finger** (kons.) tritt für höhere Gehälter der Betriebsverwaltungs-Buchhalter ein.

Stadtv. **Kretschmer** (lib.): Das Anwachsen des Beamtenkörpers ist bedauerlich; aber die Zahl der Beamten steigt ja überall. Sicherlich wird dann und wann viel unnütz geschrieben. Von zu vielem Dienst wird man im allgemeinen bei sieben Stunden nicht sprechen können. Bei der Post und Eisenbahn arbeitet man im allgemeinen acht Stunden. Jedenfalls bitte ich Sie, die geteilte Arbeitszeit nicht wieder einzuführen, denn ich weiß es aus eigener Erfahrung, daß man im heißen Sommer nachmittags nicht gern wieder an die Arbeit geht. Die geteilte Arbeitszeit ist teurer wegen der Heizung und Beleuchtung. Lassen Sie den Beamten die ungeteilte Arbeitszeit, damit sie gute, gesunde Wohnungen an der Stadtgrenze mieten können.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Stadtv. **Jäckisch** (lib.) bittet, die Verkehrsstunden mit dem Publikum um eine Stunde zu verlängern.

Stadtv. **Müller** (lib.): Es müssen Tausende von Beamten und Hunderttausende von Handwerkern nachmittags arbeiten. Diese Arbeit nachmittags kann also doch nicht so gehirnanstrengend sein. Ein Rechtsanwalt zum Beispiel muß vor- und nachmittags anstrengend geistig arbeiten. Ich schlage vor, es wieder mit der geteil-

en Arbeitszeit zu versuchen. Die Stadtverordneten-Versammlung muß auch nachmittags arbeiten. Und gerade die hohen Beamten der Stadt arbeiten noch immer nachmittags. Die Frauen werden uns dankbar dafür sein, wenn die geteilte Arbeitszeit eingeführt wird. Man sagt, die Beamten müssen sich ihrer Familie widmen. Ich denke, wenn man nachmittags sechs Uhr Feierabend hat, kann sich der Beamte noch genug seiner Familie hingeben.

Stadtv. **Löbe**: Die gemischte Kommission zur Vereinfachung des Bureaudienstes ist wünschenswert, weil die bureaukratische Maschinerie zu schwerfällig läuft. Wenn der Bestand der Kommission wechselt unter den für die einzelnen Verwaltungen sachkundigen Herren und die Vorschläge von Unterbeamten angenommen werden, die seit Jahren die überflüssige Arbeit widerwillig verrichten, dann kann schon etwas herauskommen. Was die ungeteilte Arbeitszeit anlangt, so möchte ich all die schönen Reden von der Notwendigkeit der Nachmittagserholung, von der gesunden Wohnung, von der Notwendigkeit, sich der Familie zu widmen und von der Freude über zufriedene Angestellte recht bald auch in Bezug auf das Arbeiterpersonal der Stadt hören, die haben es ebenso nötig, als die Beamten.

Stadtv. **Herschel** (lter.): Jeden Vorschlag auf Verminderung des Schreibwerks werden wir begrüßen. Deshalb empfiehlt es sich, die gemischte Kommission einzusetzen. Jetzt, wo die ungeteilte Arbeitszeit besteht, sie wieder abzuschaffen, dazu werden wir nicht gedrängt. Auch andere Behörden, vor allem die Justiz, haben die englische Tischzeit eingeführt.

Der Berichterstatter Stadtv. **Milch** hält seine Anträge aufrecht und verteidigt sie nochmals eingehend.

Der Antrag, Erwägungen anzustellen über die Wiedereinführung der geteilten Dienstzeit wird abgelehnt, die Einsetzung einer gemischten Kommission dagegen beschlossen.

Beim Etat der Bauverwaltung beklagt Stadtv. **Brinke** (lib.), daß das Projekt der Errichtung eines Krematoriums gar nicht vorwärts kommt. Es schließt sich daran eine lange Debatte über die Praxis der Bauverwaltung. Der Etat wurde vorläufig festgesetzt.

* * *

Beim Etat des Stadt-Theaters hob Stadtverordneter **Ehrlich** (Lib.) die anerkennenswerten Leistungen des Theaters hervor. Stadtrat **Perls** ging auf die Lage der Choristen näher ein. Eine vergleichende Statistik über deren Gehaltsverhältnisse sei insofern geeignet, Irrtümer zu erregen, als daraus nicht zu ersehen sei, wieviel Chormitglieder in den verschiedenen Städten den einzelnen Gehaltsstufen angehören. Zieht man auch das in Betracht, dann kann man die Lage der Chormitglieder in Breslau im Vergleich zu anderen Städten als günstig bezeichnen. Seit das Theater in städtische Regie übernommen wurde, ist bereits viel für das Chorpersonal getan worden. Aber es muß und wird auch noch mehr getan werden.

Vorläufig festgesetzt wurden noch die Etats des Bauhofes, der Kanalisationswerke, der Bau- und Wegepolizei, der Friedhöfe, der Rieselgüter, des Grundeigentums, des Stadtschuldenwesens, der Hafenverwaltung, der Ländereien für die Grundwasserversorgung und der Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben.

Schluß der Sitzung kurz vor 8½ Uhr abends.

Was einem in Breslau passieren kann.

Daß ein Mensch, der bei einer polizeilichen Vernehmung die Wahrheit sagt und dabei gegen einen Schutzmann aussagt, lediglich deshalb unter Anklage gestellt wird, und zwar wegen Beamtenbeleidigung — das dürfte wohl zunächst kaum jemand für möglich halten. Einer Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht am Donnerstag lag jedoch dieser Sachverhalt zu Grunde. Es handelt sich hier in der Tat um einen Fall, der geradezu ungeheuerlich genannt zu werden verdient.

In der Nacht zum 6. September v. J. passierten zwei Herren, ein Malermeister und ein Kaufmann — beide von hier — die Ohlauer- bezw. Taschenstraße. Sie begegneten einer Dame, die einen Hund bei sich führte. Das Tier war an dem Malermeister bellend in die Höhe gesprungen, und dieser zog dem kleinen Köter scherzhaft den Maulkorb ab. Darob war die Dame sehr entrüstet und machte einen lauten Skandal. Der Malermeister bekam einige nicht gerade für ihn schmeichelhafte Redensarten zu hören; unter anderem nannte ihn das Fräulein auch einen „Idiot". Dazu verhielt sich der so Titulierte natürlich auch nicht gerade ruhig, ein Wort gab das andere, bis der Schutzmann Mavoßek herankam, der auf Verlangen der Dame die Personalien des Malermeisters feststellte. Das genügte aber dem Beamten noch nicht; vielmehr mußte der Malermeister dem Schutzmann mit zur Wache folgen, wo angeblich eine Nachprüfung der Personalien vorgenommen werden sollte. Der Begleiter des Sistierten, der Kaufmann, ging ebenfalls mit bis vor das Wachlokal. Unterwegs hat der Kaufmann deutlich gehört, wie der Schutzmann zu dem Malermeister sagte: „Kommen Sie mit, sonst kriegen Sie eins...."

Der Schutzmann erstattete nunmehr gegen den Malermeister eine Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Nach Angabe des Beamten soll er versucht haben, sich von seiner Hand loszureißen, wovon aber der Kaufmann absolut nichts wahrgenommen hat. Bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung berief sich der Malermeister auf den Kaufmann, zum Beweise dafür, daß er an einen Widerstand nicht einmal gedacht habe. Der Kaufmann wurde nun auch aufs Polizeipräsidium bestellt und dort hat er nach bestem Wissen das gesagt, was sich mit seinen Wahrnehmungen in jener Nacht deckte. Selbstverständlich konnte der Kaufmann nicht verschweigen, daß der Schutzmann — und das will er genau gehört haben — zu dem Malermeister gesagt hat: „Kommen Sie mit, sonst kriegen Sie eins."

Der Schutzmann erklärte seiner vorgesetzten Behörde gegenüber, er habe das nicht gesagt und könne es eidlich bekräftigen. Was macht nun die Breslauer Staatsanwaltschaft? Sie erhebt gegen den Kaufmann, der bis jetzt doch nur als Zeuge in Frage kam, Anklage wegen — Beleidigung des Schutzmanns durch Behaupten einer nicht erweislich wahren Tatsache. (§ 186 R.-Str.-G.) So kam es, daß neben dem Malermeister, der wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt war, auch der Kaufmann in der Anklagebank des Schöffengerichts Platz nehmen mußte. Dessen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Pinner, beleuchtete in einer scharfen, aber durchaus zutreffenden Weise, das seltsame Zustandekommen der Anklage, sowelt sie den Kaufmann betraf. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß ein ganz Unbeteiligter ebenfalls die Bemerkung des Schutzmanns gehört hat, und es war nicht anzunehmen, daß dieser Mann einen Meineid schwor, um dem Schutzmann etwas anzuhängen. Der angeklagte Kaufmann hielt vor Gericht seine vor der Polizei gemachten Bekundungen voll und ganz aufrecht. Als Zeuge hatte man ihn ja ausgeschaltet und deshalb glaubte der Anwalt, auf seine Versicherungen nichts geben zu sollen. Der Anklagevertreter versuchte sogar, den bisher unbescholtenen, ehrenwerten Kaufmann als unglaubwürdig hinzustellen. Der gegnerische Anwalt betonte mit Recht, daß, wenn dieses System, einen der Polizei unbequemen Zeugen einfach auszuschalten, indem man ihn anklagt, sich einbürgert, überhaupt kein Mensch mehr die Wahrheit sagen kann, wenn ein Schutzmann den Gegenstand der Wahrnehmung bildet. Der Verteidiger warf die Frage auf: Sollte der Kaufmann vielleicht dem Schutzmann zu Liebe die Unwahrheit sagen oder gar einen Meineid schwören? Das Gericht war erfreulicherweise so einsichtig, durch sein Urteil den Schutzmann eine moralische Niederlage zu bereiten. Der Kaufmann wurde nicht nur glatt freigesprochen, sondern es wurden auch die ihm entstandenen notwendigen Auslagen einschließlich des Honorars für den Anwalt, der Staatskasse auferlegt. Das Gericht unterstellte auch die beleidigende Bemerkung des Schutzmanns als möglicherweise doch gefallen, obgleich dieser sie unter dem Eide bestritten hatte. Der andere Angeklagte, der Malermeister, kam wegen Widerstandes mit drei Mark Geldstrafe davon.

Diesmal hat das Gericht anerkennenswerter Weise die Aussage des Schutzmanns genau so bewertet, wie die der Zivilpersonen. Das Verfahren ist gerecht und empfehlenswert. Schutzleute sind eben auch Sterbliche, die sich irren können.

Die Anliegerbeiträge für die Kaiserbrücke.

In der Sitzung des Bezirksausschusses am 2. April wurde über die wichtige Frage der Anliegerbeiträge verhandelt. Zu den Kosten der Kaiserbrücke wurden bekanntlich dreihundert Anlieger herangezogen. Von diesen dreihundert klagten elf im Verwaltungsstreitverfahren auf Freistellung. Sie wurden vom Bezirksausschuß abgewiesen. Einer von diesen elf Hausbesitzern legte Revision beim Oberverwaltungsgericht ein mit dem Erfolge, daß das Urteil des Bezirksausschusses aufgehoben und er von Kosten freigestellt wurde. Von einem Anlieger, der keine Klage erhoben hatte, waren 365 Mark Beiträge an den Magistrat gezahlt worden, die er jetzt auf dem Klagewege zurückforderte. Die Sache liegt eigenartig. Der Besitzer der Grundstücke, Auenstraße 19 und Kaiserstraße 61, Architekt Dölly, wurde zu den Anliegerbeiträgen herangezogen, weil er aber nicht aufzufinden war, ging die Aufforderung an den Verwalter der Grundstücke, Ingenieur Rogge. Dieser legte beim Magistrat eine Beschwerde ein, wurde aber damit zurückgewiesen, und gleichzeitig wurde ihm angedroht, die Grundstücke werden zwangsweise versteigert, wenn er die Beiträge nicht zahle. Rogge war der Ansicht, nach dem Urteile des Oberverwaltungsgerichts sei der Magistrat gar nicht berechtigt gewesen, Beiträge zu erheben. Und weil er sie nur deshalb gezahlt hat, um der Zwangsversteigerung zu entgehen, müsse er den gezahlten Betrag zurückerhalten. Der Magistrat ist anderer Meinung. Rogge sei gar nicht zur Klage berechtigt, denn er sei gar nicht herangezogen worden. Veranlagt zu den Beiträgen war der Besitzer, der Einspruch nicht erhoben habe. Diese Auffassung teilte auch der Bezirksausschuß und wies den Kläger ab.

Erhebung von Gebühren für Kanalanschlüsse.

Es klagen der Architekt Schneider, der Tapezierermeister Heider, der Kaufmann Hoffmann, Architekt Leo Schlesinger und Direktor Schmidt auf Freilassung von Kanalisationsgebühren. Bekanntlich hat der Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten im Jahre 1912 ein Ortsstatut erlassen, wonach bestimmt wird, die Anleger der neuangelegten Straßen haben zur Kanalisation Beiträge zu leisten, und zwar für den laufenden Meter 30 Mark. Die fünf Kläger sind zu Beiträgen veranlagt worden, von denen sie befreit sein wollen. Im wesentlichen führten sie zur Begründung an, das Ortsstatut sei nicht rechtsgiltig, weil es gegen den § 4 des Kommunalabgabengesetzes verstoße. Dieser Paragraph bestimmt, daß die Gebührensätze in der Regel so zu bemessen sind, daß die Verwaltung und Unterhaltungskosten, die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals gedeckt werden. Die Kläger sind der Meinung, da schon Kanalisationsgebühren gezahlt werden müssen, der Magistrat nicht berechtigt sei, noch weitere Leistungen zu fordern. Ferner geben sie an, nach Paragraph 5 des Ortsstatuts trete Befreiung von Beiträgen ein, sobald schon Beiträge für die Straßenbaukosten gezahlt worden sind. Das sei hier der Fall. Die Kleinburger Terraingesellschaft als Unternehmer habe an die Stadt zinsfreie Kapitalien gezahlt, was als Beitrag anzusehen sei. Der Magistratsvertreter widersprach dieser Auffassung. Weder verstoße das Ortsstatut gegen das Kommunal-Abgabengesetz, noch sind Beiträge für die Kanalisationen geleistet worden. Richtig sei allerdings, daß die Terraingesellschaft zinsfreie Vorschüsse an die Stadt gezahlt hat. Diese können aber unmöglich als Beiträge angesehen werden; die gezahlten Gelder waren vielmehr Vorschüsse, die zurückgezahlt werden müssen. Der Magistratsvertreter machte weiter juristische Ausführungen, um darzulegen, daß ein Verstoß gegen das Abgabengesetz keineswegs vorliege. Der Bezirksausschuß wies alle Kläger kostenpflichtig ab.

* **Vom Breslauer Hauptpostamt.** In den Betriebsverhältnissen des Hauptpostamtes sind nach dem Auszuge der Oberpostdirektion ins neue Gebäude an der Kaiser-Wilhelmstraße am 1. April 1915 einschneidende Aenderungen geplant. Sie sollen in erster Linie den Wünschen nach größeren Verkehrsbequemlichkeiten entgegenkommen. Die Aenderungen werden umfangreiche Umbauten erfordern. Darüber sind jetzt bereits Ermittelungen und Erwägungen im Gange. Neben der Vergrößerung des Postamts 1 kommt eine Vergrößerung des Postscheckraumes in Betracht, da die bisherigen Räume nicht mehr dem ständig wachsenden Bedürfnis genügen können. Von Breslau aus wird bekanntlich der Postscheckverkehr von vier Oberpostdirektionen verwaltet. Auch der Telegraphenraum soll bedeutend erweitert werden. Ferner sind Um- und Erweiterungsbauten im Hauptpaketpostamt geplant, die sich auch auf das Fernsprechamt ausdehnen sollen. Endlich ist die Unterbringung eines Teiles des Postscheckamtes für den neuen Neubau im Hauptpaketpostamt vorgesehen.

* **Der Neubau der Oberpostdirektion,** der von Preuß und Vodolski in Breslau ausgeführt wird, geht rüstig vorwärts. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Neubau bereits mit dem Eintritt des Winters fertig sein wird, obwohl er vor dem 1. April 1915 nicht bezogen wird. Ueber die Anordnung der Räume verlautet noch nichts. Im Aeußeren gibt der Neubau, da die Fenster an sämtlichen Seiten eingesetzt wurden, bereits einen geschlossenen Eindruck. Auch der innere Ausbau ist ziemlich weit gefördert. Die Zimmer und Säle sind bereits alle getüncht und die Treppen bis auf die Haupttreppe gelegt. Die Zentralheizung ist vollständig eingesetzt, die elektrische Lichtanlage erst teilweise.

* **Vom Neubau des jüdischen Krankenhauses.** Der Neubau, der bereits am 1. April seiner Bestimmung übergeben werden sollte, dürfte nunmehr nicht vor Ende April fertig sein. In seiner Bauart schließt sich der Neubau dem alten Verwaltungsgebäude an, ist jedoch ein Stockwerk höher; es ist ein Rohbau mit Fugenverguß. Sandstein ist am Gebäude nur wenig verwendet worden.

* **Im städtischen Arbeitsnachweis** boten sich im Laufe des Monats März 1610 männliche Arbeitskräfte an; offene Stellen waren vorhanden 725, von denen 676 besetzt wurden. Stellung fanden meistens Arbeiter, Burschen, Haushälter und Kutscher. Weibliche Arbeitskräfte meldeten sich 1607 zu 1203 offenen Stellen; 1136 Arbeitskräfte fanden Beschäftigung. Es waren darunter 933 Arbeits-, Wasch- und Scheuerfrauen, 176 Bedienungen, 3 Kindermädchen, 11 Näherinnen, 8 Plätterinnen und 5 Pflegerinnen.

* **Das städtische Leihamt,** das Anfang des Monats März einen Bestand von 11 494 Pfändern mit 311 569 Mk. Pfandkapital aufwies, hatte im Laufe des Monats einen Zugang von 1859 Pfändern mit einem Pfandkapital von 58 492 Mk.; einen Abgang von 1841 Pfändern mit 59 264 Mk. Pfandkapital, so daß am Ende des Monats ein Bestand von 11 512 Pfändern mit einem Pfandkapital von 310 797 Mk. verblieb.

* **Die Markenautomaten am Postamt 13** in der Südvorstadt sind schon öfter Gegenstand von Beschwerden geworden. Namentlich scheint der 10 Pfennig-Markenautomat eine Eigenschaft zu besitzen, die dem 5 Pfennig-Markenautomaten abgeht, denn der gibt doch wenigstens, wenn er leer ist, im Gegensatz zu dem anderen Automaten, das Geld wieder heraus. Als Mittwoch abend einige Unterbeamte endlich dem Uebelstande abgeholfen hatten, konnten sie es nicht unterlassen, abfällige Bemerkungen gegen die Beschwerdeführer (einige Frauen) zu machen.

* **Ein braver Parteigenosse** hat am Mittwoch seine Augen für immer geschlossen: der Schneider Karl Teichert. Fast ein Menschenalter stand Teichert in unseren Reihen und tat seine Pflicht. Als 1890 das schandbare Sozialistengesetz fiel und damit wieder eine geregelte Parteiarbeit in sozialdemokratischen Vereinen möglich wurde, da gehörte auch Teichert zu den ersten, die ihren Beitritt erklärten. Leider war es ihm nicht vergönnt, mit ungeschwächter Kraft bis an sein Ende für unsere große Bewegung zu schaffen. Seit 14 Jahren war Teichert krank und schwer leidend, was auch seine Berufsgenossen tief beklagten. Als hier im Jahre 1893 große Arbeitslosigkeit herrschte und die Not immer höher stieg, da beschloß eine Arbeitslosenversammlung, zum damaligen Oberbürgermeister Bender eine Abordnung von drei Arbeitslosen zu schicken, damit die Stadt gegen die Not etwas unternehme. Teichert gehörte mit zu dieser Abordnung und stand seinen Mann, was damals nicht so leicht war. Dem wackeren Genossen gebührt dafür noch heute unsere Anerkennung. Wie gern hätte Teichert allezeit getreulich und tapfer mitgearbeitet; er mußte indessen oft zurückstehen, weil ihm die Kräfte versagten. Im Alter von 67 Jahren hatte er ausgelitten. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

* **Gewitter im April.** Der April wird seinem Rufe nicht untreu; er ist wetterwendisch. Sonnenschein und Regen, Kühle und Wärme wechseln rasch und man weiß nie, woran man ist. Am Donnerstag hatten wir schon vormittags große Wärme und etliche Gewitter, die nachmittags noch heftiger auftraten und von starken Regengüssen begleitet waren. Heute vormittag zeigte das Thermometer bei bewölktem Himmel 10 Grad Wärme.

* **Viktoria-Theater.** Nachdem mehrere Monate lang die artistischen Spezialitäten den verschiedensten Operetten, Possen usw. weichen mußten, haben diese mit dem Beginn des Monats wieder ihre Tätigkeit auf der Bühne des Viktoria-Theaters aufgenommen. Alles Kräfte, die sich sehen lassen können und die auch zum Teil schon in Breslau Proben ihrer Kunst abgelegt haben. In der ersten Nummer des Programms erscheint ein guter alter Bekannter, der urkomische Jongleur Max Keenwood. Neu sind seine Darbietungen wirklich nicht, aber man kann auch nicht behaupten, daß sie langweilig wirken. Im Gegenteil, man amüsiert sich auf das trefflichste dabei, wie das auf der Bühne vorhandene Porzellan den Weg alles Vergänglichen nimmt. Originelle Plastiken aus Ton verfertigen die Modelleure Les Travia; verblüffende Zauberkunststückchen mit Spielkarten und Eiern zeigt Harry Steffen, wobei er die Besucher auf das angenehmste zu unterhalten versteht. Stimmungsvolle Tänze bei ebensolcher Szenerie führen Nybo und Walowska in einer Tanz-Pantomime auf. Paul Steinitz ist als Blitzdichter schon lange eine auch in Breslau sehr geschätzte Kraft. Er verschmäht es aber auf zeitgemäße politische Ereignisse oder solche Persönlichkeiten bei seinen Blitzdichtungen einzugehen, bevorzugt dagegen die patriotischen Phrasen, die sicher nicht dem Geschmack eines sehr großen Teils der Zuhörer entsprechen. Den zweiten Teil des Programms füllt der Kölner Komiker Karl Schmitz und seine Gesellschaft mit der von ihm für sich selbst geschriebenen zweiaktigen Burleske „Der Mann meiner Frau" aus. Wie nicht anders zu erwarten, biegt sich alles vor Lachen über den urkomischen Darsteller der Hauptrolle, der natürlich kein anderer sein kann, als der Verfasser selbst. Wacker unterstützt wird Herr Schmitz von den übrigen Mitgliedern seiner Gesellschaft. Den Schluß des Programms bildet ein Film des bekannten Max Linder als Tanzlehrer. Mit allem, was geboten wurde, waren die Besucher zufrieden. An der artistischen wie musikalischen Leitung ist nichts auszusetzen. w.

* **Zeltgarten.** Etwa ein Dutzend Berufsringer, Männer mit stählernen Muskeln und Stiernacken, haben sich im Zeltgarten zu einer „Internationalen Ringkampf-Konkurrenz" zusammengefunden, um im griechisch-römischen Ringkampf die Meisterschaft von Schlesien auszutragen. Kratzen, Beißen, Stoßen, Fingerüberbrechen oder gar Strangulieren sind dabei verboten; dagegen ist die sogenannte „Kravatte" erlaubt, durch die einer dem anderen aber doch ganz bequem den „Dampf" abdrehen kann. Trotzdem die Ringer bei Androhung von Strafen verpflichtet sind, nicht unfair zu ringen, und sich auch Mühe geben, darnach zu handeln, sind sie doch nicht immer gegen Uebergriffe gefeit, was natürlich den Unwillen Vieler hervorruft; während andere wieder der Meinung sind, daß ein Ringkampf eben kein Jonglieren mit rohen Eiern ist. Wie dem nun aber auch sei, eine Ringkampf-Konkurrenz findet immer ihr Publikum. Das bewies auch wieder der erste Abend der Konkurrenz, der viele Interessenten nach dem Zeltgarten gelockt hatte. Es standen sich gegenüber Schmidt-Ostpreußen und Brändel-Schlesien. Der Erstere siegte nach 15 Minuten. Zweiter Sieger wurde Thielow-Rheinland über den geschmeidigen Neger Brünn nach 6 Minuten. Lekonde-Breslau warf seinen Gegner Lindemann-Westfalen nach 17 Minuten. Von einigen kleinen Entgleisungen abgesehen, hielten sich die Ringer an die Vorschriften über den „guten Ton" beim Ringen. Hoffentlich bleiben sie auch in Zukunft dabei.

Dem Ringkampf voraus geht eine Burleske, deren sonst fader Inhalt durch einigermaßen flottes Spiel ersetzt wird. Von den Spezialitäten sind einige ganz nett, so Mac Kean als Reifenroller und Jongleur, Berti und Arthur Vollinis als Hand- und Kopf-Akrobaten und Paul Hicketier als sächsischer Instrumental-Komiker. Conrad Thilo, als Breslauer Unikum, ist zwar seinem Dialekt nach ein Sachse, versteht aber sein Fach als Humorist ganz gut. Ferner verzeichnet das Programm noch Frieda Olit als Vortragskünstlerin. Bei den kinematographischen Vorführungen wäre der Direktion zu empfehlen, für eine etwas bessere Beleuchtung der Bilder zu sorgen. w.

Bei gut besuchtem Hause fanden Donnerstag abend wieder drei spannende Kämpfe statt. Als erstes Paar traten sich Multon (England) und Thilow (Rheinland) 20 Minuten unentschieden gegenüber. Als zweites Paar rangen Kara Ali (Türkei) und Tom Barri (Nordamerika). Der Türke, ein Hüne von Gestalt, siegte schon nach 5 Minuten über den Amerikaner. Das letzte Paar war Leconte (Breslau) gegen Schmidt (Ostpreußen). Auch dieser Kampf blieb nach 20 Minuten unentschieden. Heute ringen Oestreich gegen Lindemann, Jimm Brium gegen Leconte, Kara Ali gegen Brendell.

* **Einbrüche.** Am 31. März, abends um 8 Uhr, ist ein Dieb in die Bureauräume eines Rechtsanwalts gelangt und hat aus dem verschlossenen Schreibtisch 150 Mk. Papiergeld gestohlen. — In den Laden eines Kaufmanns auf der Sternstraße ist ein Dieb in der Nacht zum Mittwoch durch das Kellerfenster eingedrungen hat 3,75 Mk. in bar, verschiedene Sorten Würste, 10 Pfd. Butter, 2 Flaschen Ungarwein, 2 Kisten Zigarren und 2 Hefte mit Rabattmarken (10 Mk.) gestohlen.

* **Unterschlagung.** Ein hiesiger Stundenbuchhalter, der bei einem auswärtigen Fleischermeister beschäftigt wurde, hat diesem 350 Mk., die er auf die Post tragen sollte, unterschlagen und ist flüchtig geworden.

* **Unfälle.** Donnerstag nachmittag glitt auf der Albrechtsstraße ein älterer Mann aus. Er zog sich leichtere Verletzungen am Kopfe zu. — Etwa eine halbe Stunde später wurden die Sanitätsleute der Hauptfeuerwehr nach Bergmannstraße 10 gerufen. Dort hatte sich ein Dienstmädchen die Hände mit siedendem Fett verbrüht. Die Verletzte wurde ins Allerheiligenhospital geschafft.

* **Straßendiebstahl.** Am Dienstag hat ein Mann auf der Matthiasstraße ein vor der Ladentür hängendes blaues Kinderkleid gestohlen. Es gelang, den Dieb einzuholen und festzunehmen. Das Kleid wurde ihm abgenommen.

Volksvorstellung am ersten Osterfeiertage.

Am ersten Osterfeiertage nachmittags 3½ Uhr wird im Thalia-Theater eine Volksvorstellung für den Bildungsausschuß stattfinden, in der „Die rote Robe" des bekannten Franzosen Brieux zur Aufführung kommt, ein kräftiges Tendenzstück gegen richterliches Strebertum in Frankreich. Die Billetausgabe zu dieser Vorstellung findet am Montag, den 6. April, im Gewerkschaftshause statt, von 7 Uhr abends an Auslosung der Reihenfolge, von 8 Uhr an Billetausgabe.

---

* **Durchs Fenster geschossen.** Am Mittwoch um 1 Uhr nachmittags ist in ein Fenster der Wohnung eines Briefträgers auf der Friedrich-Karlstraße geschossen worden. Die Fensterscheibe wurde zertrümmert, von den Einwohnern zum Glück aber niemand getroffen. Das im Zimmer aufgefundene Geschoß entstammt einem Teschin.

* **Festgenommen** wurde ein hiesiger Bademeister wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels und Falschspiels. Seine Festnahme geschah, während er in einer Wirtschaft mit gezinkten Karten spielte.

* **Plötzlicher Tod.** Am Donnerstag abend gegen 9 Uhr erlitt der Droschkenkutscher Franz Volkmer, Königgrätzerstraße Nr. 24, einen Schlaganfall, während er auf seiner Droschke saß und die Klosterstraße entlang fuhr. An dem Grundstück Klosterstraße 44 stürzte er plötzlich vom Bock. Sanitätsleute der Feuerwehr die sofort herbeigerufen wurden, hoben ihn, da er noch Lebenszeichen hatte, ins Krankenauto, um ihn ins Wenzel Hancke-Krankenhaus zu schaffen; unterwegs aber starb Volkmer. Die Leiche wurde ins Schauhaus geschafft.

* **Ueberlandflug.** Heute früh kurz vor 7 Uhr hörte man schon von weitem das Summen eines Flugmotors auf dem Gandauer Exerzierplatz. Unteroffizier Göldner und sein Passagier, Oberleutnant Körner, hatten ihren Mars-Doppeldecker startbereit gemacht und verließen bald nach 7 Uhr, trotz des nahenden Regens und Sturmes, den Flugplatz. Zunächst nahmen sie die Richtung auf Posen, doch das drohende Unwetter zwang sie, westlich abzubiegen.

* **Hoteldieb.** In einem Hotel auf der Taschenstraße hatte sich in der Nacht zum Mittwoch ein Fremder eingemietet, der im Laufe der Nacht mit den Betten verschwunden ist.

* **Taschendiebstahl.** Während einer Versammlung im Wiesenhause am 27. März wurde einem Herrn eine goldene Herrenuhr mit Kavalierkette aus der Tasche gestohlen.

Vereine und Versammlungen.

* **Freigeistige Kultur.** Zwischen den hiesigen freigeistigen Vereinigungen schweben seit einigen Wochen Verhandlungen, die einen gelegentlichen Zusammenschluß bezwecken zur Entwickelung ihrer Arbeit nach außen hin. Als vorläufiges Ergebnis ihrer mündlichen Vereinbarungen ist die „Arbeitsgemeinschaft Breslauer Vereinigungen für fortschrittliche Kultur" zu bezeichnen, die am Karfreitag, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause einen öffentlichen Vortrag veranstaltet mit Herrn Prediger Tschirn als Redner über 1. Korinther 7, 23: „Ihr seid teuer erkauft, werdet nicht der Menschen Knechte!" Eintrittskarten im Vorverkauf für 20 Pfg. bei Gebr. Barasch, Ring.

* **Volksvorstellungen des Humboldt-Vereins.** Als Vorstellung für Minderbemittelte wird Freitag, den 17. d. Mts., abends 7½ Uhr, im Thaliatheater Brieux' Drama „Die rote Robe" in Szene gehen. Anmeldungen auf Eintrittskarten werden — nur schriftlich — an Herrn Bernhard, VII, Sadowastraße 60, erbeten, bei dem Donnerstag, den 16. d. M., vormittags 10 bis 1 Uhr (nur zu dieser Zeit) die Ausgabe der zugeteilten Billets stattfinden wird. Nur Unbemittelte werden berücksichtigt.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mitteilungen aus den Theaterbureaus.

* **Stadt-Theater.** Heute wird Saint-Saens große Oper „Samson und Dalila" gegeben und „Hoffmanns Erzählungen" mit Paul Hochheim als Hoffmann. Es gelten ermäßigte Preise. Sonntag „Parsifal". Den Parsifal singt John Gläser, die Kundry Fanchette Verhunk, den Gurnemanz Rudolf Wittekopf, den Amfortas Siegmund Hecker. Die Vorstellung beginnt um 6 Uhr und dauert mit zwei Pausen von je 30 Minuten bis 11 Uhr. Das Werk wird wie bisher ungekürzt aufgeführt. Für Montag ist Meyerbeers große Oper „Die Afrikanerin" angesetzt.

Die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die Aufführung von „Parsifal" am 13. April (2. Osterfeiertag) findet nur Sonnabend, den 4. April, nachmittag von 3 bis 5 Uhr an der Tageskasse statt, die vom 22. April findet erst Mittwoch, den 15. April, ebenfalls nachmittags von 3 bis 5 Uhr statt. Ueber nicht abgeholte Eintrittskarten wird von Sonntag resp. Donnerstag ab anderweitig verfügt.

Franz Schreckers Oper: „Der ferne Klang" die von der Intendanz des Stadttheaters für die kommende Spielzeit zur Aufführung erworben worden ist, gelangte kürzlich am Münchener Hoftheater und am Hamburger Stadttheater zur Darstellung und wurde mit großem Beifall aufgenommen.

* **Lobe-Theater.** Freitag abend 7½ Uhr wird Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten" gegeben. Sonnabend 7½ Uhr „Die Journalisten". Zu dieser Vorstellung gelten für Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten Vorzugspreise (Parkett 1 Mk., I. Rang 1,50 Mk.). Die Berechtigungskarten sind im Bureau des Lobe-Theaters erhältlich. Sonntag nachmittag gelangt zu halben Abendpreisen „Die heitere Residenz" zur Aufführung. Abends 7½ Uhr geht die erfolgreiche Novität „Als ich noch im Flügelkleide ..." zum 11. Male in Szene.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt

Gräneiche. Vom Tode ereilt. Am Mittwoch, den 1. April, abends, sahen Angestellte der Radrennbahn-Restauration einen Mann in den Parkanlagen liegen. Sie schafften ihn auf eine Bank und läuteten den städtischen Unfallwagen an, welcher in kurzer Zeit erschien, aber schon auf dem Transport zum Wagen verschied der Kranke. Uhr mit Kette und eine größere Summe Geld führte er bei sich. Kurz vorher gab er an, daß er in Deutsch-Lissa in Stellung war und in Breslau einen blinden Bruder besitzt. Der Verwalter der Radrennbahn soll ihn schon nachmittags 2 Uhr liegen sehen haben, brauchte es da erst abends 8 Uhr werden, ehe Hilfe geschafft wurde?

Cosel. Vom Blitz getroffen wurde gestern nachmittag bei dem hier niedergegangenen Gewitter ein Denkmal auf dem jüdischen Friedhof.

Schlesien und Posen.

Neudorf, 3. April. Ein netter „Jugenderzieher" Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an drei Schulmädchen, sollte ein hiesiger Lehrer verhaftet werden. Der Verbrecher ergriff die Flucht.

Kattowitz, 3. April. Im Polizeigefängnis erhängt. Der Arbeiter Neumann aus Neudorf, der seine Mutter mit der Axt erschlagen wollte, sie hierbei jedoch zum Glück nur unbedeutend verletzte, hat im Polizeigefängnis zu Kattowitz Selbstmord durch Erhängen verübt.

Ratibor, 3. April. Die gesicherte Existenz. Am Mittwoch früh wurde der Buchhalter Karl Max Opitz von hier, an der Promenade, die nach Hohenbirken führt, an der Böschung der Hohenbirkener Teiche erschossen aufgefunden. Mit einem Revolver, der neben der Leiche lag, hatte er sich einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Die tödliche Kugel ist durch das rechte Auge herausgedrungen. Opitz stand bis vor kurzer Zeit in Diensten bei der hiesigen Firma Doms, verlor aber diese Stellung und seither war es ihm nicht möglich, eine andere Stellung zu finden. Die Sorge um die Existenz hat sicher dem Opitz, der aus Breslau stammt, den Revolver in die Hand gedrückt.

Sosnowice, 3. April. Eine Räuberbande von dreißig Personen, die seit einem halben Jahre im russisch-schlesischen Grenzgebiete zahlreiche Raubüberfälle und auch mehrere Morde verübt hat, ist jetzt von der Sosnowicer und Zawierzeer Polizei festgenommen worden. Ein Teil der Räuber war schon vor längerer Zeit hinter Schloß und Riegel gebracht worden, dann aber wieder ausgebrochen und hielt sich seither in den Wäldern von Zawiercze auf. Das verwegenste Räuberstück, das sie ausführten, war der Ueberfall auf einen Geldtransport bei Poraj, bei dem sie 20.000 Rubel erbeuteten und zwei Polizisten ermordeten. Nachdem die Polizei den Schlupfwinkel der Bande ausfindig gemacht hatte, wurden die Mitglieder einzeln festgenommen. Bei einem der Banditen wurden 110 Kilogramm Dynamit gefunden. An barem Gelde wurden 20 000 Rubel gefunden, außerdem Revolver und sonstige Waffen in großer Menge. Die Verhafteten wurden unter starker Bewachung nach Petrikau ins Gefängnis gebracht.

Neueste Nachrichten.

Ausgekrochene Millionäre.

Berlin, 3. April. („Schles. Ztg.") Die Wirkung des Generalpardons soll sich besonders in den westlichen Vororten Berlins, im Kreise Teltow und im Regierungsbezirk Potsdam bemerkbar machen. Man erwartet eine starke Vermehrung der Höchstbesteuerten. Bisher wurden rund 800 Millionäre mit Einkommen von 100 000 Mark bis eine Million Mark gezählt.

Automobilunfall, drei Personen lebensgefährlich verletzt.

Warschau, 3. April. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich an der neuen Weichselbrücke, wo zurzeit das Pflaster ausgebessert wird. Ein Automobil fuhr in der Dunkelheit auf einen Steinhaufen und wurde zertrümmert. Von den sechs Insassen wurden drei lebensgefährlich und drei leichter verletzt.

Die Rochettaffäre in der Kammer.

Paris, 3. April. Der Andrang des Publikums zur gestrigen Kammersitzung war außerordentlich stark. Der erste Redner der Rechten, Delahaye, warf den Radikalen vor, ein Ministerium des Verderbens zu unterstützen. Er sagte der Linken und der von ihr unterstützten Republik ein Ende mit Schrecken voraus. Die Kammer nahm ihn jedoch nicht ernst und spendete zum Schluß lächelnd Beifall. Dann sprachen noch Paul Meunier und das Ausschußmitglied Fratisinet. Die Fortsetzung der Debatte über die Affäre Rochette wurde dann auf heute nachmittag 2 Uhr festgesetzt.

Caillaux beim Untersuchungsrichter.

Paris, 3. April. Caillaux sprach gestern bei dem Untersuchungsrichter im Prozeß gegen seine Frau vor und bat, ihn in den nächsten Tagen verhören zu wollen. Er will dem Untersuchungsrichter eine Reihe von Personen nennen, deren Verhör er für unentbehrlich hält. Die Aussagen dieser Personen würden in allen Punkten die Erklärung bestätigen, die seine Frau über den Beweggrund ihrer Tat abgegeben habe.

Aufstand der Kurden.

Konstantinopel, 3. April. In Armenien ist ein Aufstand der Kurden ausgebrochen. Diese haben die Stadt Bitlis angegriffen.

Es lebe die Republik.

Sofia, 2. April. Die Sobranje wählte zu Vizepräsidenten den Stambulowisten Montschilow und den Todschewisten Sava Ivantschew, beide mit 122 Stimmen. Die Kandidaten der vereinigten Opposition erhielten 91 Stimmen. Acht sozialistische Stimmzettel enthielten die Worte: „Es lebe die föderative Republik."

Verheerende Feuersbrunst.

New York, 3. April. Die älteste Stadt Nordamerikas, der Badeort St. Augustine im Staate Florida, ist am Donnerstag von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht worden. Eine ganze Anzahl Gebäude, darunter das Rathaus, einige Hotels und speziell eine große Anzahl historischer Gebäude, die an die Herrschaft der Spanier erinnerten, fielen dem wütenden Element zum Opfer. Das Feuer brach, wie die „Daily Mail" meldet, in einem kleinen Hotel am Meeresufer aus, griff jedoch so schnell um sich, daß in kurzer Zeit vier weitere Hotels in hellen Flammen standen. Hunderte von Gästen dieser Hotels waren gezwungen, nur notdürftig gekleidet auf die Straße zu flüchten. Eine Frau, die in panischem Entsetzen aus dem dritten Stockwerk eines Hotels auf die Straße sprang, blieb tot liegen. Zahlreiche andere Personen erlitten auf der Flucht erhebliche Verletzungen oder Brandwunden. Dem schnellen Eingreifen der Feuerbrigade von Jacksonville, die in einem Spezialzug herbeieilte, war es zu danken, daß nicht die gesamte Stadt ein Raub der Flammen wurde. Das Rathaus brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der angerichtete Schaden ist recht beträchtlich. Er beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. Miliztruppen und Polizei halten die Brandstätte in weitem Umkreise abgesperrt, um Diebstähle zu verhindern.

Briefkasten.

E. H., Herrmannsdorf. Wenn Sie mit dem Hauswirt mündlich verabredet haben, es muß am letzten Tage des Monats gekündigt werden, so ist die Kündigung am 1. April zu spät und sie haben das Recht, bis zum 31. Mai in der Wohnung zu bleiben.

Neudorf. 1. Die Zinsen müssen vierteljährlich gezahlt werden. 2. Sie haben offenbar nicht gut getan, das Grundstück überhaupt zu kaufen. Wenden Sie sich an die Sparkasse Ihres Kreises oder sonst an eine ländliche Spar- und Darlehnskasse.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neisse	Neisse Mdg. OW.	Neisse Mdg. UW.	Brieg OW.	Brieg UW.	Kottwitz*)	Treschen*)	Breslau OW.	Breslau UW.	450 Cbm.	Stichtag
3. 4.	1,61	0,90	2,17	0,18	2,80	1,40	4,58	2,27	1,27	1,62	5,08	1,26	0,71	—
2. 4.	1,58	0,99	3,20	0,16	3,80	1,50	4,62	2,39	1,27	1,02	5,04	1,24	0,75	1,74
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,68	1,56	5,06	0,14	1,88	2,85

*) Auslesungshöhe f. Kottwitz 3,50 für Treschen: (Ober-) Ohle-Niederung 3,27.

Breslau, 2. April. Festgestellt von der Marknotierungskommission für Getreide.

	Für 100 Kilogramm
Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	17,90 — 18,10 Mk.
Roggen desgleichen	14,60 — 14,80 „
Hafer desgleichen	14,20 — 14,40 „
Braugerste, der letzten Ernte	15,20 — 15,50 „
Mahl- und Futtergerste der letzten Ernte	13,80 — 13,80 „
Viktoriaerbsen, gute Qualität der letzten Ernte	24,50 — 25,00 „
Kocherbsen desgleichen	21,50 — 22,00 „
Futtererbsen der letzten Ernte	17,00 — 17,50 „
Heu	5,40 — 6,20 „
Langstroh	4,20 — 4,60 „
Preßstroh	2,00 — 2,40 „

Breslauer Mehlmarkt.

Mehl befestigt, per 100 Kilogramm netto, Sack brutto Weizenmehl 00 fester 26,00—26,50 Mk., Roggenmehl 0 fester, 23,00—23,50 Mk., Roggen-Hausbacken fester, 22,50—23,00 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10,50—11,00 Mk. Weizenkleie ruhig 10,00—10,50 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Sonntag, den 5. April:

Installateure und Helfer, früh 10½ Uhr im Gewerkschaftshause.

Huffinetz. Wahlverein, Sonntag nachmittag 2 Uhr.

Aus der Geschäftswelt.

Jeder Tag bringt Gewinn dem, der vorteilhaft einkauft. Natürlich muß man die geeigneten Bezugsquellen kennen, ohne die Ersparnisse nicht möglich sind. Wir verweisen auf den der heutigen Ausgabe unseres Blattes beiliegenden Prospekt der bekannten Firma Hans Hartmann Aktiengesellschaft in Eisenach, die als leistungsfähiges Spezialhaus für Fahrräder, Sport- und sonstige Gebrauchsartikel einen weiten Ruf genießt. Die beiliegenden Bilder geben dem Leser einen ungefähren Einblick in die Bedeutung dieses Hauses. Alle nützlichen Artikel für den täglichen Gebrauch und für Geschenkzwecke erhält man dort in anerkannt vorzüglicher Qualität und ohne Frage sehr preiswert. Der Besteller hat also dort unbedingt Vorteile. Von Hunderttausenden ist dies anerkannt und durch häufige Nachbestellungen bestätigt worden. Zum Vorteile unserer geschätzten Leser empfehlen wir die Abforderung des neuen reichhaltigen Kataloges der Firma durch die der Beilage anhängende Postkarte.

Das Central-Schuhhaus

Ernst David & Co., Reuschestrasse 44/45

bringt Ihnen etwas Neues für die

Oster-Saison

Nach auswärts franko per Nachnahme

Kaufen Sie schon jetzt, da die letzten Tage vor dem Fest ein sehr grosser Andrang zu erwarten ist.

Beachten Sie

unsere neuen Spezialitäten:

Damen-Luxus-Schuhe in Lack, schwarz, braun, beige und grau . . . . . 10.50 — **7.50**

Herren-Schnür- u. Zugstiefel (Uniformstiefel) Goodyear-Welt, vorzügl. Rahmenarbeit . . . 14.50 12.50 — **10.50**

Knaben-Schnürstiefeln für Konfirmanden, haltbare Ware . . . . 36/40 7.50 — **6.50**; 31/35 — **5.75**

Mädchen-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe — 31/35 5.25 — **4.75**; 27/30 4.75 — **4.25**

Kinder-Schnürstiefel braun, besonders billig — 25/26 — **3.25**; 23/24 — **2.75**

Baby Entzückende Schuhe in allen Farben, reizende Geschenke für Baby nur **85 ₰**

Enorme Auswahl in Haussohuhen, Pantoffeln, Sandalen, Reit- u. Schaftstiefeln.

Machen Sie bald einen Versuch und Sie werden sehr zufrieden sein.

Central-Schuhhaus

Ernst David & Co., Reuschestrasse 44/45.

Versammlungen u. Vereine

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität"
Mitgliedschaft Breslau.

Ausfahrten im April:

Sonntag, den 5. **Groß-Mochbern.** Nachm. 2 Uhr, Striegauerplatz.
Karfreitag, den 10. **Sibyllenort.** Früh 8 Uhr, Weißenburgerplatz.
1. Osterfeiertag, den 12. **Deutsch-Lissa** (Bezirkstag). Früh 9 Uhr, Striegauerplatz.
2. Osterfeiertag, den 13. **Weidenhof.** Nachm. 2 Uhr, Trebnitzerplatz.
Sonntag, den 19. **Schoenig.** Früh 7 Uhr, Sonnenplatz.
Sonntag, den 26. **Ohlau.** Früh 7 Uhr, Matthiasplatz.
Mittwoch, den 29. **Monatsversammlung** im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, abends 8½ Uhr. 89

Trebnitz! Konsumverein!

Sonntag, den 5. April, vormittags 9 Uhr: 92

Flugblattverbreitung u. Hausagitation.

Alle Genossenschaftler werden ersucht daran teilzunehmen. Materialempfang im Konsumlager, Breitestrasse, früh 8 Uhr.

Die Propaganda-Kommission: I. A.: **Karl Thiel.**

Mittwoch, den 1. April, starb unser Genosse, der **Maurer**

Josef Menschig

aus Sadewitz, im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 109

Die Mitglieder des Sozialdemokrat. Vereins Breslau (Land)-Neumarkt.

Beerdigung: Sonnabend, den 4. April, vormittag 9 Uhr, nach Schosnitz.

Am 1. ds. Mts. verschied unser Mitglied, der **Bauarbeiter**

Hermann Greulich

im Alter von 46 Jahren 9 Monaten.

Ehre seinem Andenken! 102

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 4. April, nachmittag 5½ Uhr, vom St. Salvator-Friedhof aus.

Trauerhaus: Sedanstrasse 9. **Distrikt 17.**

Am 1. April verschied nach langen Leiden unser langjähriges Mitglied, der **Schneider**

Karl Teichert

im 60. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands (Filiale Breslau.)

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 4 Uhr, auf dem freireligiösen Friedhof, von der Halle aus, statt. 103

Am 1. April, früh 4 Uhr, verschied sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager, Onkel und Cousin

Karl Teichert

im 60. Lebensjahre.

Breslau, Hamburg, den 2. April 1914.

Im Namen der Hinterbliebenen
Anna Teichert geb. Langer.

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes, Bunzlauerstrasse. 69

Am 1. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der **Schneidermeister**

Karl Teichert

im Alter von 59 Jahren. 65

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 4. April, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes an der Bunzlauerstr.
Trauerhaus: Nikolaistrasse 42. **Distrikt 19.**

Wir empfehlen:

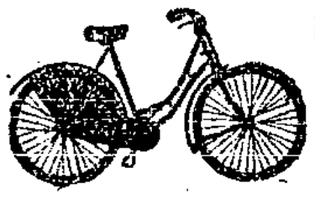
Die Französische Revolution in Wort u. Bild.

Interessanter Text — 250 meist ganzseitige Abbildungen

nur 3.00 Mark.

Zu beziehen durch die **Expedition und die Kolporteure.**

Achtung! Achtung!



Neue Fahrräder 36, 42, 45, 50 M.
Luxus-Räder 65, 75 bis 125 M.
Dam.-Räder 55, 58, 65, 75 M.

16474

Ausserdem empfehle die berühmten Marken: **Adler, Panther, Corona u. Swienticia-Räder** zu aussergewöhnlich billigen Preisen. Alle Ersatz- u. Zubehörteile.

Teilzahlung gestattet.

Mäntel	1.75	Pedale	1.20
Mäntel, extra stark	3.00	Pedale m. Gummi	1.50—3.50
Mäntel, m. Garantie	3.50-6.25	Vorderrad-Gabeln	3.50
Schläuche 1.35, m. Garantie 2.50 bis 4.00		Lenkstangen m. Klemme	2.50
		Vorderradachsen v.	0.45 an.

Besichtigung meiner Lager **ohne Kaufzwang.**

Grösste Reparatur-Werkstatt mit Kraftbetrieb.

Johann Swienty,

Gräbschenerstrasse 33, Tel. 5114, früher Höfchenstrasse 28.

Kopfläuse u. deren Brut vertilgt Fl. 50 Pfg. z. h. i. f. all. Drogerien „Schnapp" u. „Silva-", „Dreifuß-", „Diana"-Drogerie 16477
Alsenstraße 49, Frankfurterstraße 30 (Ecke Glogauer).

Goldwaren Alter
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke
16088/1840

Klugholt
wer gut und billig kauft. Anzüge, gute Stoffe, 10 M. Nach Maß, tadellos, 17 M. Anzugfabrik Wallstr. 17a, 1. Etg.

Neumarkt 45.
Arbeitshosen.

sehr dauerhaft nur bei
Leinen-Decken-Schmal

Unser Erweiterungsbau ist nun vollendet. Der sensationelle

Herrenhut-Reklame-Verkauf

hat begonnen.

Die **Hüte** und **Mützen** sind in **8 Schaufenstern** mit

unerreicht billigen Preisen

versehen, übersichtlich **ausgestellt.**

H. Schönfeld 72
Schmiedebrücke 17/18
: Ecke Kupferschmiedestrasse :

Grösstes u. leistungsfähigstes Herrenhut- und Mützen-Spezialgeschäft Schlesiens.

Und sie bewegt sich doch!

Die freudigste Kunde, die dem deutschen Proletariat gerade im Augenblick einer neuen Anspannung seiner Kraft aus dem Osten Europas gebracht werden kann, ist die, daß die Arbeiterklasse Rußlands immer entschiedener auf den Kampfplatz tritt. Schon seit zwei Jahren vollzieht sich dieser Prozeß in den verschiedenartigsten Formen. Die gewaltigen Massenstreiks im April 1912 aus Anlaß der Lena-Metzeleien dienten gleichsam als Signal für die Auslösung der angesammelten revolutionären Energie der Arbeiterklasse. Zwei Momente sind auf politischem Gebiete maßgebend für die ununterbrochene und sich immerfort steigernde Kraftentfaltung der russischen Arbeiterklasse, die seit jener Zeit datiert. Einmal ist es der spontane Protest der Massen, die gegen den zaristischen Zuchthausstaat revoltieren und mit Vorliebe Kampfmethoden anwenden, die von der Gewitterluft vorrevolutionärer Perioden geboren werden. Daneben kommen aber in Betracht die angestrengten Bemühungen der sozialdemokratischen Vorhut der Arbeiterklasse, durch Ausnützung und Vertiefung aller bestehenden Möglichkeiten dem Kampf des Proletariats eine größere Bewegungsfreiheit und Elastizität, eine festere Organisation, ein tieferes Bewußtsein zu verleihen. Diese beiden Momente fließen natürlich oft ineinander, ergänzen sich gegenseitig, und so sehen wir denn als äußere Form der neu erwachenden proletarischen Massenbewegung in Rußland eine lebhafte organisatorische Betätigung, ein unermüdliches Ausbauen der Presse, der Gewerkschaften, der Bildungsvereine, eine immer stärker werdende Einmischung in alle Fragen des Tageskampfes — alles in engem Zusammenhange mit dem politischen Massenstreik, der von anfänglicher Verschwommenheit zu immer größerer Konzentriertheit übergeht und an die Stelle der alles beherrschenden Spontanität allmählich ein vorsichtigeres Abwägen der Kräfteverhältnisse und ein tieferes politisches Bewußtsein setzt.

Von diesem Gesichtspunkte aus hört der politische Demonstrationsstreik, wie er zurzeit in Rußland angewendet wird, auf, nur ein Symptom, ein Gradmesser der revolutionären Stimmung der Arbeitermassen zu sein; er beginnt vielmehr — mitunter neben einer direkten Beeinflussung der herrschenden Gewalten — organisierend zu wirken, indem er die zerstreuten Kräfte der Arbeiterklasse zusammenfaßt und ihre Aufmerksamkeit auf bestimmte politische Losungen konzentriert.

Die beste Illustration dieses Entwicklungsprozesses bildet eine kurze Uebersicht über die politischen Streiks in Rußland in den Jahren 1912 und 1913.*) Die Welle der politischen Streiks setzte 1912 nach den Lena-Metzeleien im April ein und erstreckte sich zusammen mit den gleich darauf einsetzenden Streiks am 1. Mai auf 570 000 Teilnehmer im ganzen Reiche. Im Sommer folgten die Demonstrationsstreiks aus Anlaß der Verurteilung revolutionärer Matrosen in Sebastopol. Diese Streiks zählten 250 000 Teilnehmer. In den Herbst- und Wintermonaten folgten drei kleinere Streiks aus Anlaß der Mißbräuche bei den Dumawahlen, die Eröffnung der vierten Duma und der Mißbräuche bei der Einführung der Versicherungsgesetze mit insgesamt 185 000 Teilnehmern.

*) Wir benutzen hier die Angaben von G. Sinowjew in der marxistischen Revue „Prosweschtschenije".

Im ganzen nahmen im Jahre 1912 an den politischen Streiks 1 005 000 Arbeiter teil. Obwohl diese Zahl eine gewaltige Steigerung gegenüber dem vorhergehenden Jahrfünft darstellt, wird sie im Jahre 1913 qualitativ und quantitativ übertroffen. Schon am 9./22. Januar, dem Gedenktage des Petersburger Blutsonntags, traten 160 000 Arbeiter in den Streik. Am 17. April, dem Gedenktage der Lena-Metzelei, streikten 140 000 und am 1. Mai bereits 420 000 Arbeiter. Diese Maifeier war die gewaltigste, die Rußland je erlebt hat. Der Streik erstreckte sich nicht nur, wie meist vorher, auf Petersburg und Riga, er zog vielmehr auch die entferntesten Provinzialstädte, bis weit nach Sibirien hin, in seinen Bann. Im Juni und Juli folgten zwei politische Streiks zum Protest gegen die Verurteilung einer Anzahl angeklagter Matrosen der baltischen Flotte. An diesen Streiks nahmen, hauptsächlich in Petersburg und Riga, 185 000 Arbeiter teil. Ende September streikten 80 000 Arbeiter in Moskau aus Anlaß der polizeilichen Schließung des Arbeiterblattes „Raschputj" und der Verhaftung streikender Straßenbahnangestellter. Zu gleicher Zeit streiken in Petersburg zum Protest gegen die Verfolgungen der Arbeiterpresse und aus Solidarität mit den Moskauer Streikenden über 100 000 Arbeiter. Während des Beilis-Prozesses streiken in 17 Städten Polens und Littauens auf Veranlassung der sozialdemokratischen Organisationen 40- bis 50 000 Arbeiter. Am 19. November streiken in Petersburg zum Protest gegen die gerichtliche Verfolgung wirtschaftlicher Streiks 90 000 Arbeiter. Endlich finden zu verschiedenen Zeiten in Warschau, Dwer, Petersburg und einigen anderen Städten aus Anlaß der behördlichen Uebergriffe und Gesetzwidrigkeiten bei der Einführung der Krankenkassen Proteststreiks statt, an denen mindestens 50 000 Arbeiter teilnahmen. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Teilnehmer der politischen Streiks im Jahre 1913 auf 1 272 000! Diese Zahl nähert sich der der Teilnehmer der politischen Streiks im denkwürdigen Jahre 1905. Auch in diesem Jahre zeigte die Welle der politischen Streiks in Rußland eine steigende Tendenz. So zählte die diesjährige Revolutionsfeier am 22. Januar mindestens 200 000 Teilnehmer, das heißt um ein beträchtliches mehr als selbst in dem vorhergehenden Jahre. Alle Berichte aus Rußland, namentlich aus den Mittelpunkten der Arbeiterbewegung, weisen einmütig darauf hin, daß die revolutionäre Gärung unter den Arbeitern, der die politischen Streiks ihre Stärke verdanken, im Zunehmen begriffen ist. Hand in Hand mit ihrer politisch und gewerkschaftlich organisierten Vorhut, die sich auf allen Gebieten des öffentlichen Wirkens energisch betätigt, gehen die Arbeitermassen in Rußland energisch vorwärts, um ihren revolutionären Zielen Geltung zu verschaffen.

Parteiangelegenheiten.

Florian Paul gestorben.

Florian Paul, einer der ältesten Kämpfer des Proletariats, ist ins Grab gesunken. Wer ist Florian Paul? wird mancher junge Genosse fragen. In Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wird über ihn berichtet:

„Aus Wüste-Giersdorf kam nun im Frühjahr 1864 der Weber Florian Paul mit zwei Genossen nach Berlin, um ihre Klagen an den Stufen des Thrones niederzulegen; sie waren beauftragt von 300 Webern, die zumeist von Reichenheim bestätigt wurden. Wahrscheinlich ist den Webern dieser Schritt von feudaler Seite zugeflüstert worden; es ist nicht abzusehen, woher sie sonst ihr Vertrauen zum Königtum geschöpft haben sollten, das zwanzig Jahre früher ihren Widerstand gegen die beispiellosteste Ausbeutung mit blauen Bohnen, mit Peitschenhieben, mit Karren und Ketten gestraft hatte. Amtlich erklärte der Landrat Olearius allerdings, er könne die Absicht der Weber nicht fördern und nicht hindern. Das Herz dieses Beamten war geteilt, da sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Minister des Innern, und ebenso der Handelsminister, dem die Gewerbepolitik unterstand, von bonapartistischen Künsten nichts wissen wollte. Es dauerte dann auch vier Wochen, bis Bismarck seinen Willen durchsetzte und der Weberdeputation eine Audienz beim König verschaffte."

Der König von Preußen hatte den Webern versprochen, daß die Arbeiterfrage auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werden sollte. Dieses Versprechen wurde von Lassalle agitatorisch ausgenützt. Namentlich in der Ronsdorfer Rede behandelte Lassalle es eingehend. Um die Erfüllung dieses Versprechens durchzusetzen, schloß sich Paul dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an. Er gründete in Wüste-Giersdorf eine Mitgliedschaft dieses Vereins. Ende der sechziger Jahre wurde Paul in Schlesien gemaßregelt. Er kam nach Berlin, um hier seine ganze Kraft in der Agitation für die Sache des Proletariats einzusetzen. Als Bismarck 1878 das Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie im Reichstage einbrachte, benutzte Genosse Bebel die Gelegenheit, Bismarck sein Kokettieren mit der Arbeiterbewegung vorzuhalten. Er führte aus, wie Bismarck 1863 und 1864 mit Lassalle verkehrte, wie er den Arbeitern Hoffnung gemacht habe, daß ihnen Hilfe durch die Gesetzgebung werden sollte. Speziell Genosse Pauls Erinnerungen wurden vom Genossen Bebel vorgetragen.

Als das Sozialistengesetz erlassen und über Berlin der Belagerungszustand verhängt war, gehörte Paul zu den ersten Ausgewiesenen. Vergeblich suchte er in Deutschland eine neue Existenz. Mit Frau und drei Kindern zog er übers Weltmeer. Auch in der neuen Heimat wirkte er für den Sozialismus. Oft wurde er von der Not gepeitscht, aber nie verlor er den Mut. Selbst in der bittersten Not erklärte er, daß er den Humor darum nicht verliere. Er habe nur erkannt, daß der Hunger des Arbeiters eine Einrichtung der kapitalistischen Gesellschaft sei. Vielfach habe man früher geglaubt, daß hungernde Arbeiter nur unter den schlesischen Webern zu finden seien. Als Kind und junger Mann habe er den Hunger der schlesischen Weber kennen gelernt. Später habe er in Berlin auch oft Hunger gelitten und auch in dem gelobten Lande der Vereinigten Staaten von Amerika wurde der alte Weber oft mit der Hungerpeitsche gezüchtigt.

Er verlor nie den Mut; je mehr er unter der Not zu leiden hatte, um so größer wurde seine Begeisterung für den Befreiungskampf. Treu hat er bis zum letzten Atemzuge ausgehalten. Am 16. März kam das für Freiheit begeisterte Herz zum Stillstand.

Florian Paul ist 81 Jahre alt geworden. Am 18. März, also am Gedenktage des Berliner Barrikadenkampfes und der Pariser Kommune, wurden die sterblichen Reste des tapferen Kämpfers im Fresh Pond-Krematorium eingeäschert.

Alle, die Florian Paul gekannt haben, werden sich gern des prächtigen Menschen erinnern. Die schlimmsten Erfahrungen konnten seinen Kampfesmut nicht lähmen. Machte jemand den Versuch, ihn zu bedauern, dann wies er es mit prächtigem Humor ab und erklärte, daß die Arbeiter durch jede unverschuldete Not nur angetrieben werden sollten, Zustände zu schaffen, in denen solche Leiden nicht vorkommen können. So hat er jeden Tag seines langen Lebens dem Freiheitskampfe gewidmet und ist dadurch kommenden Generationen ein Vorbild geworden.

Geschichtskalender.

4. April:

1848 Chartistenkongreß in London.
1893 Tischlerstreik auf der Chikagoer Weltausstellung.
1909 † Adolf Sonnenthal, berühmter Schauspieler, in Prag.

Kunst und Wissenschaft.

Paul Heyse †.

München, 2. April. Paul Heyse ist heute nachmittag 5 Uhr 20 Minuten als Vierundachtzigjähriger verschieden.

Ein großer Dichter ist dahingegangen. Paul Heyse, der unbestrittene Meister der deutschen Novelle. Er war ein ewig Junger im Tempel der Schönheit. Ihr allein diente er mit seinem feinen poetischen Sinn und seiner vollendeten künstlerischen Formbeherrschung. Ueberall sah er im Leben der Gesellschaft künstlerische Probleme. Er löste die große Welt in eine Unzahl von Einzelfällen auf. Hier spürte er in seiner stillen Weise die geheimsten Regungen des Gemütslebens auf. Immer sind in seinen zahlreichen Novellen die scharf ausgeprägten Gemütsschilderungen, sowie das oft erschütternde Schicksal seiner Menschen mit einer großen künstlerischen Liebenswürdigkeit geschildert. Wie ihm überhaupt eine große, sonnige Lebens- und Künstleranffassung in den 60 Jahren seines künstlerischen Schaffens treu geblieben war.

Aber seine harmonieerfüllte Seele gab uns nicht nur von blühender Schönheit erfüllte Meisternovellen, von köstlicher Rhythmik durchpulste Verse, er sah auch die sozialen Schattenseiten in unserer Gesellschaft. In seinem großen zweibändigen Roman „Kinder der Welt" hat er auch dem Sozialismus seinen Tribut gebracht. Er läßt dort seinen Helden am Grabe eines Sozialdemokraten eine erschütternde Rede auf den Sozialismus halten. Seine Frauengestalten gehören durch ihren Seelenadel mit zu den schönsten Schöpfungen der deutschen Erzählungskunst. Von seinen Dramen vermochten sich nur „Kolberg" und „Hans Lange" die Bühne vorübergehend zu erobern.

Paul Heyse wurde am 15. März 1830 als Sohn eines Universitätsprofessor in Berlin geboren. Er studierte in den Universitäten Berlin ued Bonn klassische und romanische Philologie und machte 1852 eine wissenschaftliche Reise nach Italien. 1854 wurde er von dem kunstliebenden König Max nach München berufen, wo er in dem berühmten Kreise der Münchener Literaten bald eine führende Rolle spielte. Unter mannigfachen im ganzen glücklichen Verhältnissen blieb der Dichter dauernd in der bayerischen Residenz, auch nachdem er 1867 auf das bis dahin genossene Jahresgehalt freiwillig verzichtete. 1884 erhielt er für seine dramatischen Schaffungen den Schillerpreis, dem 1910 der Nobelpreis für Literatur folgte, auch wurde er in dem genannten Jahre in den Adelstand erhoben.

Paul Heyse

Trotz alledem blieb Paul Heyse ein lichtbegnadeter Poet, eine Art Goethenatur, dessen Werke sich auch im Proletariat großer Verehrung erfreuen. F.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück auf Java.

29 Tote — 50 Verletzte.

Aus Batavia kommt die Nachricht, daß Donnerstag früh ein Eisenbahnzug auf einer Brücke in der Nähe von Tanjonpriok entgleist ist. Die Lokomotive und fünf Wagen stürzten in den Fluß. 29 Eingeborene wurden getötet und 50 verletzt. Die europäischen Passagiere, die sich in dem hinteren Teile des Zuges befanden, blieben unverletzt.

Schwere Katastrophe beim Robbenfang.

123 Menschen auf einer Eisscholle — 50 Personen tot.

Von dem Dampfer „Neuengland" wird eine schwere Fischerkatastrophe gemeldet: Von dem Dampfer „Florizel" ist ein Telegramm angelangt, demzufolge die Mannschaft des Neufundländer Dampfers „Neufundland" beim Robbenfang auf einer Eisscholle vom Blizzard überrascht wurde, dem die meisten Fischer zum Opfer fielen. Das Unglück ereignete sich drei bis vier Meilen von dem Kurs entfernt, den die „Florizel" nahm. Man fürchtet, daß die gesamte Besatzung in Stärke von 122 Mann umgekommen ist. Die „Florizel", die Boote ausgesetzt hatte, fand fünfzig Leute der Mannschaft tot oder im sterbenden Zustande auf.

Letzte Meldungen über das Schicksal der Neufundländer Fischer bringen folgende Einzelheiten über die furchtbare Katastrophe:

Der Dampfer „Southerncroß" ist in New York eingetroffen und hat die Ueberlebenden der Mannschaft des verunglückten Dampfers „Neufundland" an Bord. Der Dampfer „Neufundland" wurde in ein großes Eisfeld getrieben. Die Mannschaft mußte das Schiff verlassen und siedelte auf eine Eisscholle über. Die Eisscholle zerbrach und die Leute wurden auf den verschiedenen Teilen auf dem Meere hin- und hergetrieben. Schließlich traf der obengenannte Dampfer ein und nahm fünfzig Mann an Bord. Man nimmt an, daß die übrige Mannschaft verloren ist. Der Dampfer „Neufundland" gehörte zu einer 20 Fischerboote starken Flottille, die am 13. März abgefahren war. Die Gesamtzahl der Mannschaft beträgt 4000. Seit längerer Zeit ist man ohne jede Nachricht von den Schiffen, und man ist über ihr Schicksal angesichts des furchtbaren Sturmes sehr besorgt.

Dreifacher Mord eines japanischen Bergwerksträflings.

Bei den Stuart-Minen in Korea hat ein Japaner seine Frau, einen amerikanischen Arzt und einen koreanischen Ingenieur erschossen. Ueber die Bluttat wird dem „B. T." gemeldet: Die Stuart-Minen auf Korea waren am Mittwoch der Schauplatz einer furchtbaren Bluttat. Ein amerikanischer Arzt namens Strikter wurde auf offener Straße von einem freigelassenen japanischen Sträfling erschossen. Bei seiner Verhaftung erklärte der Japaner, er habe die Tat begangen, weil Dr. Striker in unerlaubten Beziehungen zu seiner Frau gestanden habe. Seine Frau habe ferner ein Liebesverhältnis mit einem koreanischen Mineningenieur unterhalten, das er nicht mehr länger mit ansehen konnte. Er habe deshalb auch seine Frau und den Ingenieur erschossen. Die Polizei fand die Frau und den Ingenieur tot in ihren Wohnungen auf.

Schlesien und Posen.

25 Jahre Parteiorganisation.

Auf ein 25jähriges Bestehen konnte am 2. April der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Görlitz-Lauban zurückblicken. Eigentlich besteht die Parteiorganisation bereits 45 Jahre, aber in der heutigen festen Organisationsform erst 25 Jahre. Aus einer Handvoll Mitgliedern ist sie auf nahezu 4000 Mitglieder gestiegen. Die Erfolge der Oganisation sind erfreulich. Bei der Reichstagswahl 1912 gelang es, mit unserem Genossen Taubadel den fortschrittlichen Reaktionären Dr. Mugdan das Reichstagsmandat abzunehmen. Bei den Landtagswahlen entfielen 1913 auf 6288 sozialdemokratische Stimmen 108 Wahlmänner. Die Zahl der Gemeindevertreter in den Landorten beträgt 50. Im Görlitzer Stadtparlament haben unsere Genossen 20 Sitze. Das Parteiblatt wird in eigener Genossenschaftsdruckerei gedruckt.

Wie die Großgrundbesitzer eingeschätzt werden.

In das Kapitel von der Steuereinschätzung fällt eine Mitteilung, die sich in einem „Eingesandt" der „Posener Neuesten Nachrichten" findet. Danach sind die Landräte angewiesen, in ihren Kreisen besondere Kommissionen behufs Abschätzung aller Landgüter einzusetzen. Diese Kommissionen haben ihre Aufgabe sehr schonend gelöst.

Es wird mitgeteilt, daß der Wert der Güter durchweg um ein Drittel, vielfach um die Hälfte und auch noch niedriger eingeschätzt worden ist, das heißt der Wert eines preußischen Morgens Land erster Güte würde jetzt mit 200 bis 300 Mark anstatt 500 bis 700 Mark erscheinen. Bei dem Eifer, die Schätzungen „schonend" vorzunehmen, ist hier und da der Hypothekenstand ganz außer acht gelassen worden ... Da solche krasse Fälle aber doch sofort aufgefallen wären, haben nun die solchergestalt zu niedrig eingeschätzten Gutsbesitzer den Betrag ihres Vermögens für den Wehrbeitrag aus „freien Stücken" erhöht, um wenigstens aus dem ihnen von der Kommission aufgezwungenen Minus herauszukommen; das auf diese Weise gewonnene Plus dürfte ein ganz willkürliches sein.

Es wird dringend notwendig sein, daß man von amtlicher Stelle zu den hier erhobenen Anklagen das Wort ergreift.

Glogau, 1. April. Ueber „sozialdemokratische Verhetzung" berichtete vor einigen Tagen die „Schlesische Zeitung" wie folgt: „Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich am Donnerstag der Gasthofbesitzer Bernhard Jäkel aus Milzig, Kreis Grünberg, wegen Beleidigung und versuchter Nötigung zu verantworten. Der Angeklagte hatte vor einigen Jahren den Gasthof in Milzig gekauft. Das Geschäft ging aber schlecht. Außerdem erlitt Jäkel einen nennenswerten Brandschaden. Nachdem er anfänglich die Hergabe seines Lokals zu sozialdemokratischen Versammlungen verweigert hatte, erklärte er sich später dazu bereit, in der Hoffnung, seine Einnahmen dadurch steigern zu können. Jetzt trat nun auch die stille, auf die Untergrabung jeder Autorität in Staat und Gemeinde gerichtete sozialdemokratische Wühlarbeit an ihn heran. Als er eine kleine Differenz mit der Behörde wegen der Zahlung der Konzessionssteuer hatte, ließ er sich — wie er selbst erklärte — auf sozialdemokratische Verhetzung hin, dazu bereit, einen Brief an den Landrat des Kreises Grünberg zu schreiben, in dem er ausführte: Bevor er den Rest der Konzessionssteuer bezahle, möge erst der Amtsvorsteher den rückständigen Wildschaden begleichen. Wenn er nicht binnen acht Tagen eine Erklärung erhalte, werde er die Sache durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Davidsohn an die Oeffentlichkeit bringen. „Sind wir denn in Rußland, wie Liebknecht im Reichstage sagte?" Weiter beschuldigte er den Gemeindevorsteher der Unterschlagung von Steuern, sowie von Staatsgeldern beim Bau des Deiches. Seine Anzeigen seien wohl alle in den Papierkorb gewandert. „Wie Davidsohn sagt, ist alles Schwindel!" Zum Schluß verlangte er nochmals eine Erklärung binnen acht Tagen, oder er werde die Sache an Georg (den Reichstagsabgeordneten Liebknecht) gelangen lassen. An allen Beschuldigungen Jäkels war kein wahres Wort. Der Gemeindevorsteher hat im Gegenteil dem Angeklagten nach seinem Brande wiederholt hilfreich zur Seite gestanden. Jäkel bat den Gericht demütig um Verzeihung, er sei durch Sozialdemokraten, die in seinem Lokal von solchen Dingen sprachen, verhetzt worden. In der Erregung darüber, daß ihm wegen der rückständigen Steuer mit Pfändung gedroht worden sei, habe er den Brief geschrieben. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte sozialdemokratischer Aufhetzung gefolgt sei und geglaubt habe, was andere ihm vorredeten, mildernde Umstände. Das Gericht erkannte unter Berücksichtigung der vorliegenden Milderungsgründe auf 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis."

Das wäre natürlich für das vornehme Blatt und andere Organe vom gleichen Kaliber ein gefundenes Fressen gewesen, wenn die Geschichte wahr wäre. So aber ist das Blatt gezwungen, folgende Berichtigung des Genossen Davidsohn aufzunehmen:

„In Ihrer Nummer 220 vom 28. März 1914 bringen Sie einen Artikel, betitelt: „Sozialdemokratische Verhetzung". In diesem Artikel zitieren Sie einen Brief des Gastwirts Herrn Jäkel zu Milzig. Eine Stelle lautet: „Wie Davidsohn sagt, ist alles Schwindel!" Es ist unwahr, daß ich Herrn Jäkel gegenüber jemals eine derartige Aeußerung getan habe. Wahr ist, daß ich sofort, nachdem Herr Jäkel mir von diesem seinem Briefe Kenntnis gegeben hatte, ihm geantwortet habe, daß ich gegen die mir von ihm in den Mund gelegte Aeußerung ganz entschieden protestieren muß, worauf Herr Jäkel sich brieflich bei mir entschuldigte."

Lügen haben bekanntlich immer kurze Beine, am meisten aber solche, die vom sozialdemokratischen Terror, Verhetzung und wie die reaktionären Schlagworte darüber heißen.

Glogau, 3. April. Gefahren der Arbeit. Mittwoch nachmittag stürzte im Domhafen ein Arbeiter beim Verladen von Säcken von der Verladescheuer ab. Er fiel etwa sechs Meter tief auf die Mauer des Bollwerks und erlitt einen schweren Schädelbruch. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe starb er Donnerstag früh im städtischen Krankenhause.

Waldenburg, 3. April. Aus dem Gefängnis zurück. Genosse Fuhrmann, der wegen Beleidigung des Weißsteiner Glasfabrikanten Weihrauch vier Monate Gefängnis abzusitzen mußte, hat Donnerstag morgen 9½ Uhr die Waldenburger Bastille verlassen.

Fuhrmann, der seit Jahren an seinem schweren Leiden laboriert, mußte in recht bedenklichem Gesundheitszustand ins Gefängnis gehen. Er hatte kurz vorher erst die Breslauer Kliniken verlassen und von dort wurde ihm schriftlich sein schwerkranker Zustand bescheinigt. Außerdem kam er von Breslau mit dem niederdrückenden Bescheid nach Hause, daß seine Sehkraft aufs äußerste gefährdet ist. Trotz alledem verlangte Madame Justiz bezw. die Waldenburger Staatsanwaltschaft, daß er seine Strafe abbüßen mußte. Rücksichten wie bei hochgeborenen Gesetzesverletzern — man denke an den Meineidsgrafen Eulenburg — wurden ihm nicht gewährt. Und eines trüben Dezembermorgens holte sich die Polizei den Sünder Fuhrmann, um ihn sicher im Gefängnis abzuliefern. Heute morgen haben einige Genossen den kranken Freund aus dem Gefängnis abgeholt. Ihre Befürchtungen über seinen Gesundheitszustand, der im Gefängnis natürlich nicht gebessert werden kann, wurde nur zu sehr bestätigt. Genosse Fuhrmann hat, obgleich er während der ganzen vier Monate in der Lazarettabteilung lag, das Gefängnis kränker verlassen, wie er hineingegangen ist. Sein Heraustreten aus der Gefängnispforte war mitleid- und zornerregend zugleich. Er konnte sich kaum auf den Füßen halten und mußte sich mühsam am Arm eines Genossen fortbewegen ... So ernst es auch mit Genossen Fuhrmann stehen mag — er muß sich sofort in ärztliche Behandlung begeben —, so hoffen wir doch auf seine Gesundung und wünschen dem Wackern in der Freiheit recht glückliche Besserung und frohen Mut — zu neuem Kampf!

Schönau, 3. April. Feuer. In der Nacht zum Mittwoch brannte in Schönhausen hiesigen Kreises das dem Handelsmann Hornig gehörige Wohnhaus mit Stallung vollständig nieder. Als die Bewohner schliefen, brach das Feuer aus, welches bei dem vorhandenen Strohdach so schnell um sich griff, daß sich der Besitzer mit Frau und drei Kindern nur mit größter Mühe retten konnte, während das Mobiliar total verbrannte. Außer drei Stück Rindvieh und zwei Schweinen verlor der nur gering versicherte Besitzer alle Gerätschaften und Futtermittel.

Brieg, 3. April. Unfall mit tödlichem Ausgange. Der Stellenbesitzer Giesler aus Stoberau fuhr für den Fabrikbesitzer Möse in verflossener Woche Steine auf der Groß-Neudorf—Tschöplowitzer Chaussee. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise fiel Giesler vom Wagen, der mit 80 Zentner Steinen beladen war, wobei ihm die Wagenräder über den Kopf gingen, der völlig zerquetscht wurde, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit drei Kindern.

Ziegenhals, 3. April. Die gesicherte Existenz an der vollen Kompottschüssel. Der 19jährige Arbeiter Karl Langer von hier, machte Donnerstag durch Erhängen seinem Leben freiwillig ein Ende. Langer, der sich an einer Kreissäge eine Hand sehr schwer verletzt hatte, konnte deshalb seit längerer Zeit keine Arbeit finden. Da die ihm nur karg bemessene Invalidenrente zu seinem Lebensunterhalt nicht ausreichte, zog er es vor, aus der besten aller Welten zu scheiden. — Bemerkt sei hier noch, daß sein Vater im besten Mannesalter ebenfalls dem Kapital zum Opfer fiel, indem er in der hiesigen Cellulose-Fabrik tödlich verunglückte.

Neustadt OS., 31. März. Vom Wahlverein. In der letzten Mitgliederversammlung nahm der Vorsitzende Veranlassung, das Gesamtergebnis der roten Woche zu besprechen. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß auch in Zukunft die Agitation für Partei und Presse weiter betrieben werden muß. Durch den Zuwachs der neuen Mitglieder und um zu erreichen, daß die Parteibeiträge pünktlich eingeholt werden können, wurde beschlossen, das Einkassiersystem einer Revision zu unterziehen. Die sich dadurch notwendig machende Zusammenkunft sämtlicher Bezirksführer und Vertrauensleute wird den Beteiligten noch näher bekannt gemacht werden. Zur Feier des 1. Mai wurde die Anregung gegeben, am Sonntag, den 3. Mai, früh, einen allgemeinen Spaziergang zu unternehmen und nachmittags die Feier im Lokale festlich zu begehen. Der Turn- wie Gesangverein haben dazu bereits ihre Mitwirkung zugesagt. Zum Schluß wurde noch denjenigen Parteigenossen, die in der roten Woche ihre Schuldigkeit getan haben, der Dank hierfür ausgesprochen.

— Aus der Schuhbranche. Die in letzter Zeit am hiesigen Ort vorsichgehenden Betriebseinstellungen in der Schuhfabrikation gab dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands Veranlassung, eine öffentliche Schuhmacherversammlung am Sonntag im Gewerkschaftshause einzuberufen, die sich eines guten Besuches erfreute. Bezirksleiter Grunow-Breslau streifte in nahezu zweistündiger interessanter Rede zunächst die Betriebseinstellungen, die freiwilligen, wie auch die gezwungenen, im Osten Deutschlands und ging dann besonders auf die hiesigen Verhältnisse in der Schuhbranche ein. Hierbei hob der Redner besonders hervor, daß gerade hier in Neustadt wo die Schuhindustrie zweifellos im Sterben liegt und alle Anzeichen darauf hindeuten, daß noch so mancher auf seine alten Tage vergeblich nach Arbeit wird suchen müssen, die Schuhmacher daherin der Organisation Rückhalt suchen müßten. Und daher Schutz sich immer nur den Stärksten als Stützpunkt aussuchen muß, darum kommt auch in diesem Falle nur die freie Gewerkschaft der Schuhmacher in Frage, die mit ihren 45 000 Mitgliedern jeder Anforderung gerecht werden kann. Die Anwesenden gaben durch reichen Beifall ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Redners kund. Die Diskussion war äußerst rege, wozu ein Artikel in der Neustädter Zeitung wesentlich dazu beitrug. Laut dem Bericht hatte der christliche Bezirksleiter Kabus in einer Versammlung der hiesigen christlichorganisierten Schuhmacher wieder einmal ausgiebig sich mit der sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Gewerkschaften befaßt. Dieses große Maulaufreißen und diese eitle Wichtigtuerei der Christlichen wurde denn auch von verschiedenen Diskussionsrednern auf ihren eigentlichen Wert zurückgeführt. Der Vorsitzende der christlichen Ortsgruppe, der sich ganz allein in die Höhle des Löwen gewagt hatte, verließ still und stumm, ohne eine Lanze für seine Ueberzeugung gebrochen zu haben, das Haus, innerlich wohl überzeugt, daß die sturmerprobten christlichen Kolonnen noch lange zu warten haben, ehe sie soweit sind, wie sie behaupten.

Gnesen, 3. April. Auf dem Gute Saspe geriet der Tischler Hermann Götzke in die Kreissäge und wurde bei lebendigem Leibe zerschnitten. Der Bedauernswerte war sofort tot. Die Ursache des gräßlichen Unglücks ist noch nicht aufgeklärt. Götzke hinterläßt eine Witwe mit vier kleinen Kindern.

Frauenbewegung.

Nur ein Kind. In neuerer Zeit mehren sich wieder die Nachrichten über Verschleppung von Kindern. Die 7½ Jahre alte Tochter des Schlossers Nukse in Treptow-Baumschulenweg ist noch nicht gefunden worden. Die Gemeindevertretung von Treptow hat nun eine Belohnung für die Ermittelung des Kindes oder des Mannes ausgesetzt, von dem angenommen wird, daß er die kleine Margarethe verschleppt habe.

Aber wie niedrig wird doch so ein Menschenleben eingeschätzt. Es ist noch in aller Erinnerung, daß man für die Ergreifung oder Namhaftmachung der Person, die ein Denkmal in Charlottenburg beschmierte, eine Prämie von 1000 Mark auswarf. Zur Wiedererlangung des Kindes, oder zur Festmachung des mutmaßlichen Kinderschänders hält man eine Belohnung von 300 Mark für ausreichend! Eine Denkmalsbeschädigung ist anscheinend etwas verwerflicheres als das Verschleppen und Schänden kleiner Mädchen.

Wer kann da noch von uns verlangen, daß wir all den Phrasenmachern Glauben schenken, die von der Heiligkeit des Kindes reden und behaupten, daß die Kinder das wertvollste Gut der Nation seien?

Das letzte Unwetter in Südrußland.

Ueber den über Südrußland hingezogenen Orkan, der mit ganz besonderer Stärke an den Küsten des Schwarzen Meeres wütete, wird dem „Berl. Tageblatt" noch nachträglich folgende Einzelheiten gemeldet:

Nach den offiziellen Angaben hat das Unwetter an 1500 Menschenleben gefordert, doch scheint die Zahl der Opfer den Angaben der Provinzblätter nach fast das Doppelte zu betragen. Obgleich seit dem Auftreten des Orkans schon zehn Tage vergangen sind, fehlen nähere Angaben aus manchen Gebieten vollständig, da der Verkehr per Bahn und Telegraph mit ihnen abgeschnitten ist. So sind auch die offiziellen Stellen bisher noch gar nicht über den Umfang des Schadens und die Zahl von Menschenopfern unterrichtet, die der Gewalt der Naturelemente in den Gouvernements Astrachan und Stawropol zum Opfer gefallen sind. Vorläufig liegt eine ganze Reihe südrussischer Blätter vor, nach denen sich feststellen läßt, daß auf der Alschujewhalbinsel, von der 380 Wohnhäuser und 21 große Arbeiterbaracken ins Meer gespült worden sind, nicht 1000, sondern über 3000 Menschen ums Leben gekommen sind, da von der ganzen Bevölkerung der Halbinsel nur ein Mann am Leben geblieben ist. Einen recht bedeutenden Materialschaden hat der Orkan durch die von ihm gebildeten Wasserhosen an der im Bau begriffenen Schwarzmeerbahn angerichtet, wenngleich hier die Zahl der umgekommenen Menschen viel geringer als in anderen Gebieten zu sein scheint. Am stärksten hat der Bahndamm gelitten, der auf viele Kilometer direkt fortgespült worden ist und neu gebaut werden muß, dagegen beläuft sich die Zahl der im Schlaf mit ihren Baracken ins Meer gespülten und dort ertrunkenen Arbeiter nur auf 300. Weit glimpflicher sind die Bewohner der kleinen Jeeischen Halbinsel davongekommen, denen der Sturm die leichten Holzbauten wie Kartenhäuser durcheinanderwarf und ins Meer entführte. Von 100 Häusern sind die Hälfte stehengeblieben und auch diese befinden sich in einem trostlosen Zustande, da sie ohne Dächer dastehen und ihren Bewohnern keinen Schutz gegen die nach dem Unwetter eingetretene Kälte bieten. Das Meer wirft täglich viele Leichen aus. So wurden bei Nachitschewan 21 Leichen geborgen, bei Kagalnik eine Mutter, an deren Kleidern ihre sechs Kinder hingen. Der Vater, der während des Orkans in Geschäften abwesend war, sah seine ganze Familie tot wieder. Aehnliche Nachrichten findet man zu Dutzenden in den südrussischen Blättern. So berichtet der Kapitän des Dampfers „Slawa", daß er gleich nach seinem Auslaufen aus Asow auf offener See am 16. März über vierzig Pferde- und Viehkadaver und später zahlreiche Menschenleichen gesichtet habe. Aus einzelnen Gebieten des Kaukasus wird von Erdbeben berichtet, doch liegt die Annahme nahe, daß diese Erdbeben nur in der Einbildung des Volkes vor sich gegangen sind, dem das Unwetter einen derartiger Schreck eingejagt hat, daß vielfach die Ueberzeugung vorherrschte, der Weltuntergang sei eingetreten und das jüngste Gericht stehe bevor. Unter dem Einfluß des Schreckens strömten die Bewoher der kleinen Ansiedelungen und Dörfer des Kaukasus ihren Kirchen zu und veranlaßten die Geistlichen, Litaneien zu lesen, um das furchtbare Unheil abzuwenden. Eine, jedenfalls sehr seltene Naturerscheinung ist im Jekaterinodarschen Kreise beobachtet worden, wo während des heftigen Schneesturmes alle zehn bis fünfzehn Minuten starke Kugelblitze auftraten und eine grelle Abwechselung in die furchtbare Finsternis brachten. Diese Kugelblitze haben wohl auch zur Entstehung des Märchens Veranlassung gegeben, daß während des Unwetters mehrere Berge des Kaukasus Feuer gespieen haben, eine Erscheinung, die von den meteorologischen Stationen in Abrede gestellt wird. Jedenfalls kann als feststehend betrachtet werden, daß die Zahl der Opfer, die das Unwetter gefordert hat und der von ihm angerichtete Materialschaden reichlich das Doppelte betragen, als die ersten offiziellen Nachrichten feststellen zu können glaubten.

Ein junger Millionär als Mörder.

Vor einigen Tagen brachten wir die Meldung, daß in der nordamerikanischen Stadt Littlefals (New York) die Oberlehrerin der dortigen Volksschule, Miß Lydia Beecher, in einem Walde ermordet aufgefunden wurde. Die Leiche der Lehrerin war vom Schnee halb bedeckt und lag hinter einem mächtigen Baum. Der Kopf der unglücklichen Frau war zerschmettert und die Brust wies zahlreiche tiefe Stiche auf, die mit einem Dolch geführt worden waren.

Anfänglich stand die Polizei diesem Verbrechen ohnmächtig gegenüber; als jedoch weitere Nachforschungen angestellt wurden, ergab sich, daß niemand anders als der Sohn des reichsten Mannes der Stadt, der siebzehnjährige Eugene Gianini, der Mörder der Lehrerin war. Gianini, der ein großer Taugenichts ist und trotz seiner 17 Jahre infolge andauernden Unfleißes noch immer die Volksschule besuchen mußte, war einige Tage, bevor das Verbrechen begangen wurde, aus der Schule ausgestoßen worden, weil er seine Mitschüler und Mitschülerinnen in der unanständigsten Weise beeinflußte und sie sogar veranlaßt hatte, Miß Beecher aufzulauern und sie zu schlagen. Durch einen Zufall wurde dieses Komplott jedoch entdeckt und dessen Anstifter Gianini ausgewiesen. Der Junge war sehr erbost, zumal er nun in eine Korrektionsanstalt gebracht werden sollte, und faßte den Plan, die Lehrerin zu ermorden. Er näherte sich ihr und fragte sie, ob sie nicht mit ihm ein wenig spazieren gehen wolle, weil er sie wegen seiner Zukunft um Rat fragen und wegen der bösen Streiche, die er ihr angezettelt hatte, um Verzeihung zu bitten wünsche. Miß Beecher ging mit ihm und Gianini führte sie in den Wald, wo er die Nichtsahnende überfiel und ermordete.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit der amerikanischen Justiz in ähnlichen Fällen wird dem Sohne des vielfachen Millionärs nicht viel passieren. Amerikanische Advokaten und Richter sind gegen den rollenden Dollar nicht unempfindlich.

Todessturz zweier deutscher Fliegeroffiziere.

In München ereignete sich am Donnerstag vormittag gegen 10 Uhr auf dem Militär-Flugplatz Schleißheim ein schweres Fliegerunglück. Der Oberleutnant Ruchti vom 16. Infanterie-Regiment stürzte mit dem Beobachtungsoffizier Leutnant Langmeyer vom 12. Feldartillerie-Regiment ab. Leutnant Langmeyer war auf der Stelle tot. Oberleutnant Ruchti erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels und eine schwere Gehirnerschütterung. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht ermittelt.

Ein Dampfer von Seeräubern geplündert.

Seeräuber hielten bei der Linkiminsel (China) den chinesischen Dampfer „Shingtai", der auf der Fahrt nach Wutschou begriffen war, an. Sie töteten die Magazinverwalter und einen Chinesen der von der Regierung gestellten Bedeckungsmannschaft und verwundeten einen zweiten. Dann nahmen sie 30 000 Dollars (120000 Mark) als Beute mit sich.

Ein fingierter Postraub. Bei der Untersuchung über den Postraub in dem württembergischen Dorfe Freudenthal hat der dortige Postagent eingestanden, daß er die ganze Raubgeschichte erfunden habe, um Unterschlagungen zu verdecken. Er hat sich auch selbst mit dem Revolver durch die linke Hand geschossen, um die Erzählung von dem Raubüberfall glaubwürdig zu machen. Die Veruntreuungen, die sich der Postagent zuschulden kommen ließ, belaufen sich auf 4700 Mark. Er hatte eine große Familie und ein geringes Einkommen und es scheint, daß er sich nur in seiner großen Notlage an den Postgeldern vergriffen hat.

Dampferzusammenstoß im Kanal. Aus Dover wird gemeldet, daß in der Nacht zum Donnerstag bei Nebel zwei Dampfer bei der Goodwin-Sandbank zwischen Dover und Ramsgate kollidierten. Eines der Schiffe, der spanische Dampfer „Jose de Aramoura" wurde voll Wasser nach Dover geschleppt, das andere Schiff, ein französischer Dampfer dessen Name noch nicht feststeht, soll untergegangen sein.